



22. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Gremium: Ausschuss für Kultur und Wissenschaft
Sitzungstermin: Donnerstag, 17.11.2016, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Bildungsforum, Vortragsaal Volmer+Süring, Am Kanal 47, 14467
Potsdam

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 06.10.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

- 3 **Antrag auf Straßenbenennung im OT Groß Glienicke / Bebauungsplan Nr. 11A "Waldsiedlung" - Quartier 4 und restliche Straßen**

- 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 4.1 Depots für die Stadt- und Landesbibliothek und das Potsdam Museum
16/SVV/0609
 - 4.2 Aufnahme des Namens "Adolf Miethe" in den Straßennamenspool der LHP
16/SVV/0617 : Fraktion SPD
 - 4.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 1: Kein öffentliches Geld für den Abriss des Hotels Mercure
16/SVV/0674 : Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 2: Keine
: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der

	städtischen Mittel für den Aufbau der Garnisonkirche 16/SVV/0677	Stadtverordnetenversammlung
4.5	Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 3: Hundesteuer deutlich anheben 16/SVV/0678	: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
4.6	Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 4: Reduzierung der Fraktionsfinanzierung 16/SVV/0679	: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
4.7	Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 5: Gebühren für Feuerwerke erhöhen 16/SVV/0680	: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
4.8	Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 6: Tierheimneubau in Potsdam fördern 16/SVV/0681	: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
4.9	Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 7: Kita- und Hortgebühren anpassen und senken 16/SVV/0682	: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
4.10	Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 8: Mehr Kita-Personal durch Co-Finanzierung der Stadt 16/SVV/0684	: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
4.11	Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 9: Umgehungsstraße in der Verkehrsentwicklung berücksichtigen 16/SVV/0685	: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
4.12	Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 10: Rechenzentrum als Ort für Kreative erhalten 16/SVV/0686	: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
4.13	Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 11: Mehr Sauberkeit durch weitere Mülleimer und häufigere Leerung 16/SVV/0687	: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
4.14	Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 12: Gutachten gegen den Weiterbetrieb des	: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Atomreaktors in Wannsee
16/SVV/0688

- 4.15 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 13: Dichtere Takte des Öffentlichen Nahverkehrs im Berufsverkehr
16/SVV/0689 : Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.16 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 14: Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtler: Fahrtkosten
16/SVV/0690 : Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.17 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 15: Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung
16/SVV/0691 : Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.18 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 16: Potsdams Radwege ausbauen und mehr Radschnellwege einrichten
16/SVV/0692 : Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.19 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 17: Instandsetzung und Modernisierung anstatt Abriss in Potsdams Innenstadt
16/SVV/0693 : Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.20 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 18: Biosphäre erhalten: Kiez-/Freibad, Eventraum, Schule
16/SVV/0694 : Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.21 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 19: Neugestaltung der Potsdamer Mitte umsetzen: Historischer Stadtgrundriss
16/SVV/0695 : Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.22 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 20: Instandsetzung und Modernisierung Sportplatz zum Kahleberg, Waldstadt
16/SVV/0696 : Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

5 Mitteilungen der Verwaltung

- 5.1 Stadt- und Landesbibliothek - Bilanz und Ausblick
- 5.2 Statusbericht zum Standortmanagement der Wissenschaftsetage
- 5.3 Konzeptentwurf für die künftige Festivalförderung in der Landeshauptstadt Potsdam Vorlage 16/SVV/0548
- 5.4 Richtlinie zur Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Geflüchteten
- 5.5 Entscheidung zur Förderung der Chorjury 2017
- 6 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 6.1 Auswertung der Abfrage Kulturträger

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft
der Stadtverordnetenversammlung

**Straßenbenennung im OT Groß Glienicke in 14476 Potsdam
Bebauungsplan Nr. 11A „Waldsiedlung“ – Quartier 4 und restliche Straßen**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit Beschluss Nr. 16/OBR/0112 vom 29.09.2016 hat der Ortsbeirat Groß Glienicke beschlossen, die restlichen Straßen im Geltungsbereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Groß Glienicke Nr. 11a „Waldsiedlung“ gelegenen Straßen zu benennen. Insgesamt sollen dabei 7 Straßenverläufe benannt werden, um eine ordnungsgemäße Hausnummerierung und Adresszuordnung der alten wie auch neu gebildeten Grundstücke zu gewährleisten.

Im Ergebnis der Ortsbeiratssitzung vom 29.09.2016 einigte sich der Ortsbeirat Groß Glienicke darauf, folgende Straßennamen zu vergeben:

Planstraße Q4.1: (Ost-West-Straße)	Edith-Schollwer-Weg
Planstraße Q4.2: (ST gemäß Quartierplan)	Käthe-Haack-Weg
Planstraße Q4.3: (RU gemäß Quartierplan)	Ida-Wüst-Weg
Planstraße Q4.4: (QV gemäß Quartierplan)	Maly-Delschaft-Weg
Planstraße Q4.5: (VT gemäß Quartierplan)	Rudi-Ball-Straße
Planstraße Q5: (gemäß Quartiersplan Nord-Süd-Straße westlich der Gebäude der Landesbehörden)	Leo-Bauer-Straße
Planstraße Q6: (gemäß Quartierplan bestehende Zugangsstraße zur Waldsiedlung, nördlich abbiegend entlang Haus 5 bis Heinz-Sielmann-Ring)	Groß Glienicker Heide

Auf den in der Anlage beigefügten Plan zur Straßenbenennung vom 05.09.2012 sowie den Quartiersplan „Villenpark“ vom 20.12.2010 wird Bezug genommen. Es wird darum gebeten, die Begründung zur Straßennamenauswahl dem ebenfalls in der Anlage beigefügten Beschluss 16/OBR/0112 vom 29.09.2016 zu entnehmen.

Der Ortsbeirat Groß Glienicke stimmte in seiner Sitzung am 27.09.2016 mehrheitlich für die Benennung dieser Straßen.

Bei den **Planstraßenverläufen Q4.1 bis Q5** handelt es sich um Neubenennungen. Bei der Benennung der **Planstraße Q6** (Vorschlag: Groß Glienicker Heide) handelt es sich um eine Umbenennung der bestehenden Straßenbezeichnung „Waldsiedlung“, welche die vorhandene öffentliche Stichstraße in die Waldsiedlung darstellt. Diese alte, im Zuge der Gemeindegebietsreform von 2003 übernommene Straßenbezeichnung ist noch immer im Straßenverzeichnis vorhanden, obwohl sie keinerlei praktische Verwendung findet. So konnten zu dieser Straßenbezeichnung keine amtlichen Adressmeldungen, Gewerbeeinträge oder sonstige Meldeanschriften ermittelt werden. Die in der Waldsiedlung in Nutzung befindlichen bestehenden Gebäude (u.a. Landesbehörden) sind komplett der Seeburger Chaussee zugeordnet. Aus diesem Grund gab es in der Vergangenheit auch wiederholte Nachfragen hinsichtlich der Relevanz und Verbindlichkeit dieses Straßennamens.

Anhand weiterführender Recherchen konnte festgestellt werden, dass die Straßenbezeichnung „Waldsiedlung“ nie als offizieller Straßename sondern lediglich als Ortslagenbezeichnung der eigentlichen Waldsiedlung verwendet wurde. Die Darstellung als Straßename in den Straßenunterlagen der ehem. Gemeinde Groß Glienicke diente daher lediglich dem Zweck, darauf aufmerksam zu machen, dass die vorhandene Stichstraße in die Waldsiedlung führt. D.h. dieser Name diente – auch in den Straßenunterlagen der ehem. Gemeinde Groß Glienicke – stets nur als Gebietsbezeichnung.

Der Ortsbeirat Groß Glienicke wurde über diesen Umstand informiert und darum gebeten, im Zuge der restlichen Straßenbenennungen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Groß Glienicke Nr. 11a den künftigen Umgang mit dieser Straßenbezeichnung abschließend zu regeln.

Mit dem vorliegenden Beschluss 16/OBR/0112 des Ortsbeirates Groß Glienicke wird diese historische, nicht in Gebrauch befindliche Straßenbezeichnung aufgehoben (umbenannt) und stattdessen die historische Landschaftsbezeichnung der Groß Glienicker Heide angemessen gewürdigt. Der namentliche Bezug der Waldsiedlung bleibt als Ortslagenbezeichnung weiterhin erhalten.

Ich bitte Sie, über die eingebrachten Vorschläge zu beraten und mir das Ergebnis mitzuteilen.

Ferner wird darum gebeten, den Ortsvorsteher von Groß Glienicke, Herrn Winfried Sträter, zu der Ausschusssitzung einzuladen, um die Straßennamenvorschläge ggf. erläutern zu können.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Loyal-Wieck von meinem zuständigen Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Goetzmann
für den Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt

Anlagen

- Plan zur Straßenbenennung (1 Blatt, 10-fach)
- Quartiersplan/Übersichtsplan Villenpark/Waldsiedlung (1 Blatt, 10-fachh)
- Beschluss Nr. 16/OBR/0112 (2 Blatt, 10-fach)



BESCHLUSS
der 23. öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates Groß Glienicke am
27.09.2016

Restliche Straßennamen für den Villenpark in der Waldsiedlung
Vorlage: 16/OBR/0112

Die Straßen im vierten Quartier der Waldsiedlung sollen folgende Namen erhalten:

- die in ost-westlicher Richtung verlaufende Straße: Edith-Schollwer-Weg
- die östliche Querstraße (ST gemäß Quartier-Plan): Käthe-Haack-Weg
- die mittlere Querstraße (RU gemäß Quartier-Plan): Ida-Wüst-Weg
- die westliche Querstraße (QV gemäß Quartier-Plan): Maly-Delschaft-Weg
- Die südliche in ost-westlicher Richtung verlaufende Straße, die das ehemalige Garangengebäude erschließt: Rudi-Ball-Straße.

Die in Nord-Süd-Richtung verlaufende Straße entlang der Landesbehörden, die Wohnhäuser des 3. und 4. Quartiers erschließt, soll folgenden Namen erhalten:
Leo-Bauer-Straße.

Die Zugangsstraße zur Waldsiedlung, links abbiegend entlang Haus 5 bis zum Heinz-Sielmann-Ring soll folgenden Namen erhalten:
Groß Glienicker Heide.

Abstimmungsergebnis:

mit 4 Ja-Stimmen angenommen,
bei 2 Stimmenthaltungen.

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder des Ortsbeirates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Dem Originalbeschluss werden ___/___ Seiten beigelegt.

Potsdam, den 29. September 2016

F.d.R. K. Klingner
Schriftführerin

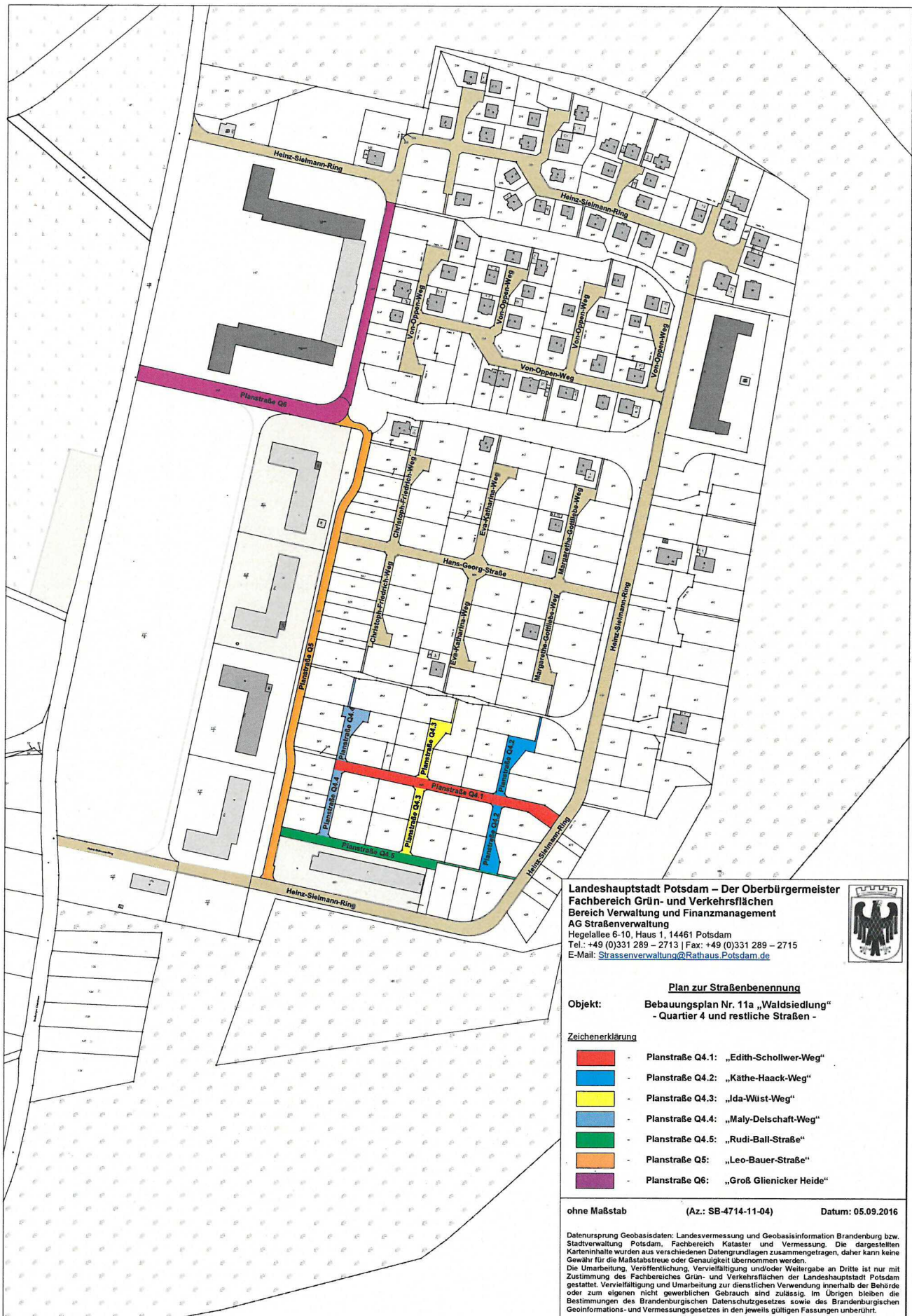
Begründung:

Die Baufortschritte in der Walsiedlung sind so weit vorangeschritten, dass es nötig ist, jetzt die restlichen Straßen und Wege zu benennen.

Die Benennung folgt dem 2011 verabschiedeten Konzept, nach dem die Straßen der bisherigen 3 Quartiere benannt worden sind: mit lokalen und regionalen Bezügen soll die Verbindung der Walsiedlung mit Groß Glienicke deutlich gemacht werden. Dazu sollen die Straßen und Wege des vierten Quartiers nach Personen benannt werden, die mit Wohnsitz in Groß Glienicke Berühmtheit erlangt haben. Dabei bekommen Frauen den Vorzug: Edith Schollwer, bekannt durch die Insulaner, sowie Käthe Haack, Ida Wüst und Maly Delschaft als Schauspielerinnen. Die letzte Straße des vierten Quartiers soll nach dem herausragenden Eishockey-Spieler Rudi Ball benannt werden, der es schaffte, als einziger Sportler mit jüdischen Wurzeln bei den Olympischen Spielen 1936 für Deutschland anzutreten.

Der Namensgeber für die Straße entlang der Quartiere 3 und 4, Leo Bauer, gehört zu den außergewöhnlichen politischen Gestalten des 20. Jahrhunderts: ein überzeugter Kommunist, den die SED 1950 verhaften ließ wegen angeblicher Hilfe für den „Klassenfeind“, der zum Tode verurteilt, in die Sowjetunion deportiert wurde und 1955 auf Intervention der Regierung Adenauer nach Westdeutschland entlassen wurde. Dort stieg er zu einem der wichtigsten Berater von Willy Brandt auf und arbeitete an der Überwindung des Denkens in den Mustern des Kalten Krieges.

Die letzte zu benennende Straße bildet den südlichen Zugang zur Walsiedlung. Hier soll die historische Landschaftsbezeichnung durch den Namen „Groß Glienicker Heide“ bewahrt werden.



Landeshauptstadt Potsdam – Der Oberbürgermeister
 Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
 Bereich Verwaltung und Finanzmanagement
 AG Straßenverwaltung
 Hegelallee 6-10, Haus 1, 14461 Potsdam
 Tel.: +49 (0)331 289 – 2713 | Fax: +49 (0)331 289 – 2715
 E-Mail: Strassenverwaltung@Rathaus.Potsdam.de



Plan zur Straßenbenennung

Objekt: **Bebauungsplan Nr. 11a „Waldsiedlung“
 - Quartier 4 und restliche Straßen -**

Zeichenerklärung

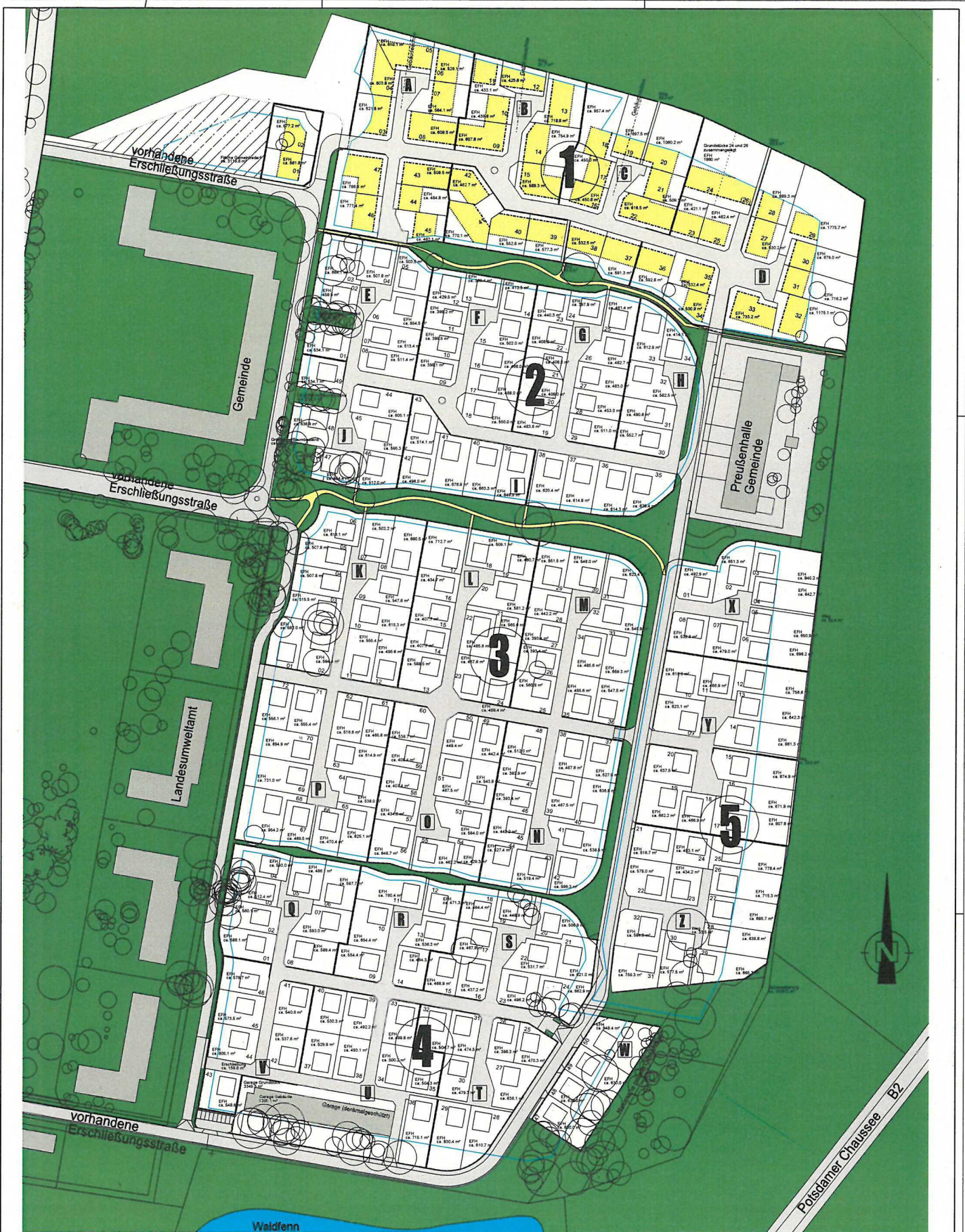
- Planstraße Q4.1: „Edith-Schollwer-Weg“
- Planstraße Q4.2: „Käthe-Haack-Weg“
- Planstraße Q4.3: „Jda-Wüst-Weg“
- Planstraße Q4.4: „Maly-Delschaft-Weg“
- Planstraße Q4.5: „Rudi-Ball-Straße“
- Planstraße Q5: „Leo-Bauer-Straße“
- Planstraße Q6: „Groß Glienicker Heide“

ohne Maßstab

(Az.: SB-4714-11-04)

Datum: 05.09.2016

Datenursprung Geobasisdaten: Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg bzw. Stadtverwaltung Potsdam, Fachbereich Kataster und Vermessung. Die dargestellten Karteninhalte wurden aus verschiedenen Daten Grundlagen zusammengetragen, daher kann keine Gewähr für die Maßstabtreue oder Genauigkeit übernommen werden.
 Die Umarbeitung, Veröffentlichung, Vervielfältigung und/oder Weitergabe an Dritte ist nur mit Zustimmung des Fachbereiches Grün- und Verkehrsflächen der Landeshauptstadt Potsdam gestattet. Vervielfältigung und Umarbeitung zur dienstlichen Verwendung innerhalb der Behörde oder zum eigenen nicht gewerblichen Gebrauch sind zulässig. Im Übrigen bleiben die Bestimmungen des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes, sowie des Brandenburgischen GeoInformations- und Vermessungsgesetzes in den jeweils gültigen Fassungen unberührt.



Vorabzug Stand 20.12.2010

Bauverfahren:

Villenpark

Potsdam - Groß Glienicke

Seehuriger Chaussee 2
14476 Potsdam - Groß Glienicke

Planbezeichnung:

**Städtebauliche Konfiguration
zum Bauantrag
für die Privatstraßen
Quartier 1 bis 5 VORABZUG
ENTWURF**

Gebüdespiegel

Gebüdespiegel	EFH
Quartier 1	46
Quartier 2	49
Quartier 3	72
Quartier 4	50
Quartier 5	32
EFH	ges. 249

EFH

Maßstab:
1:1000
Datum:
10.12.2010

Architekt:

Garsztoci und Hartmann
Architekten und Ingenieure
Niemeisterstr. 114
14169 Berlin
Tel.: 030 - 813 32 96
Fax: 030 - 814 12 89
Mail: GA-HA@t-online.de

Bauherr:

GEWOBAG AG
Gemeinnützige Wohnungsbau
AG Berlin
Bottroper Weg 2
13507 Berlin
Tel.: 030 - 4708 - 20



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0609

öffentlich

Betreff:

Depots für die Stadt- und Landesbibliothek und das Potsdam Museum

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 28.09.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

02.11.2016

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept vorzulegen, das mittel- und langfristig die Sicherung einer bedarfs- und fachgerechten Depotausstattung für

- die Stadt- und Landesbibliothek Potsdam im Bildungsforum

- das Potsdam Museum

garantiert.

Der Stadtverordnetenversammlung soll dieses Konzept bis März 2017 vorgestellt werden.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Das Konzept soll das strategische Vorgehen und die finanzielle Untersetzung in einem zeitlichen Rahmen beschreiben, der den seit Jahren festgestellten Bedarf im Depotbereich des Potsdam Museums längerfristig sichert und zugleich für die Bibliothek Möglichkeiten ausweist, wie dem Mangel an Depotflächen einrichtungs- bzw. innenstadtnah begegnet werden kann.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0617

öffentlich

Betreff:

Aufnahme des Namens "Adolf Miethe" in den Straßennamenspool der LHP

Einreicher: Fraktion SPD

Erstellungsdatum 29.09.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.11.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung nimmt den Straßennamen „Adolf-Miethe-Straße“ (auch –Platz, -Allee oder ähnliches) in den Namenspool für Straßennamen auf.

gez. P. Heuer
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Adolf Miethe wurde in Potsdam geboren, wuchs an der Alten Fahrt auf und ist einer der Erfinder des Teleobjektivs.

An der Alten Fahrt, wo das alte Palast-Hotel stand, befand sich als Vorgängerbau die Schokoladenfabrik des Kaufmanns und Stadtrates J.F. Miethe, der aus Halle an der Saale zugezogen war und in seiner Fabrik die erste Dampfmaschine in Potsdam aufstellte.

In Potsdam wurde 1862 sein Sohn Adolf Miethe geboren, der am Victoria-Gymnasium (heute Helmholtz-Gymnasium) das Abitur ablegte und anschließend Physik, Astronomie und Chemie in Berlin und Göttingen studierte.

Später erwarb er praktische Erfahrungen auf dem Gebiet der Astrofotografie am Astrophysikalischen Observatorium und erfand dort mit seinem Forscherkollegen Johannes Gaedicke das Blitzlichtpulver aus Magnesium, Kaliumchlorat und Schwefelantimon.

Nach seinem Wechsel in die damalige Optik-Hochburg Rathenow entwickelte er Ferngläser und Fernrohre. Dabei errechnete und schuf er – unabhängig von anderen zeitgleichen Erfindern – das Teleobjektiv.

1899 erhielt er als Ehrung für seine Erfindung die Berufung auf den Lehrstuhl für Fotochemie, Fotografie und Spektralanalyse an der Königlich Technischen Hochschule in Berlin.

Miethe starb 1926 an den Spätfolgen eines Eisenbahnunglücks, seine Ehefrau überlebte ihn deutlich und starb 1946.

Neben anderen wissenschaftlichen Leistungen wird der Potsdamer Adolf Miethe als der Erfinder des Teleobjektivs bezeichnet. Um ihn für eine breite Öffentlichkeit nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, soll eine Straße oder ein Platz nach ihm benannt werden.

Deshalb soll sein Name in den Pool für Straßennamen aufgenommen werden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0674

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 1: Kein öffentliches Geld für den Abriss des Hotels Mercure

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung	Erstellungsdatum	18.10.2016
	Eingang 922:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.11.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für den Abriss des Hotel Mercure sind keine finanziellen Mittel der Landeshauptstadt bereitzustellen; auf eine „Wiese des Volkes“ ist zu verzichten.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 14190 Punkte, wurde unter der Nummer 1 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Das Hotelhochhaus im Lustgarten befindet sich im Geltungsbereich des Sanierungsgebietes Potsdamer Mitte. Für die zukünftige Gestaltung des Lustgartens wurde im Jahr 2015 eine Planungswerkstatt mit intensiver Bürgerbeteiligung durchgeführt. Im Ergebnis dieser wurde ein Masterplan für die Zukunft des Lustgartens erstellt, der in einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2016 zur Konkretisierung der Sanierungsziele für den Lustgarten mündete. Im Ergebnis soll langfristig auf das Hotelhochhaus verzichtet werden. Grundsätzlich ist es möglich, durch eine Ordnungsmaßnahme im Sanierungsgebiet zur Umsetzung dieses Ziels öffentliche Mittel, darunter Fördermittel von Bund und Land, einzusetzen.

Das Hotel Mercure befindet sich nicht im städtischen Eigentum, sondern die Gesellschaftsanteile an der Besitzgesellschaft wurden erst im Mai 2016 von einem Konsortium amerikanischen Finanzinvestoren an ein französisches Konsortium weiterverkauft.

Die konkretisierten Sanierungsziele für den Lustgarten stehen jedoch noch unter Finanzierungsvorbehalt. Das Finanzierungskonzept zur Umsetzung des Beschlusses liegt aufgrund des gerade erst vollzogenen erneuten Eigentümerwechsels des Hotels noch nicht vor. Es kann also derzeit noch keine Aussage getroffen werden, ob für den langfristigen Abriss öffentliche Mittel beansprucht werden sollen. Der Inhalt des Vorschlags wird somit Gegenstand der ohnehin vorgesehenen Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung zum Finanzierungskonzept sein.

Ergänzung/Zusatz zur Einschätzung (Stand Oktober 2016):

Allerdings bestehen aufgrund des erwähnten aktuell erfolgten Verkaufs der Gesellschaftsanteile der Besitzgesellschaft gegenwärtig seitens der Stadt keinerlei Handlungsoptionen im Hinblick auf das Hotelgrundstück. Ausgehend vom Grundanliegen des Bürgerbegehrens zur Potsdamer Mitte wurde außerdem im September 2016 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass die Landeshauptstadt Potsdam alle Bemühungen zum Erwerb des Mercure mit dem Ziel des Abrisses des Hotelgebäudes einstellt. Eine Diskussion über die Zulässigkeit einer Umgestaltung des

Hotelgebäudes oder dessen räumlicher Verlagerung ist frühestens dann zu führen, wenn der Eigentümer das Hotel im derzeitigen baulichen Zustand nicht mehr weiter betreiben möchte.

Zusammenfassung der Vorschläge:

Die Stadt sollte kein Geld für den Abriss des Hotel Mercure ausgeben und auf eine „Wiese des Volkes“ verzichten.

Originalvorschläge:

Der Vorschlag wurde nach der Priorisierung vom Redaktionsteam, in dem Vertreter der Bürgerschaft und Verwaltung tätig waren, aus mehreren Vorschlägen zusammengefasst:

83 | Gegen Abriss des Hotel Mercure und Wiese des Volkes:

Die Stadt sollte kein Geld für den Abriss des Hotel Mercure ausgeben und auf eine „Wiese des Volkes“ verzichten

50 | Kein öffentliches Geld für den Abriss des Mercure Hotels:

Mein Vorschlag für den Bürgerhaushalt ist, keine öffentliche Gelder für den Abriss des Mercure Hotels einzusetzen.

781 | Ich bin für die Erhaltung und den sinnvollen Weiterbetrieb des ehemaligen Interhotels in der und für die „Potsdamer Mitte“. Vorteile: Gästeunterbringung unweit des Bahnhofs, exemplarisches Beispiel für die „Baukultur in der DDR“, Ausblicke über Potsdam, Vergnügen jeglicher Art für Potsdamer und Gäste, u.a.m. Also bitte keine Aufwendungen für Erwerb und Rückbau oder Abriss.

54 | Die Stadt sollte keine Gelder für den Abriss des Hotels ausgeben.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0677

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 2: Keine städtischen Mittel für den Aufbau der Garnisonkirche

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung	Erstellungsdatum	18.10.2016
	Eingang 922:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.11.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für den Wiederaufbau der Garnisonkirche sind keine öffentlichen (in keiner Form) Gelder einzusetzen.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 11716 Punkte, wurde unter der Nummer 2 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Mit dem Beitrittsbeschluss der Stadt zur Stiftung Garnisonkirche (08/SVV/0325) und dem mit Beschluss 12/SVV/0759 angenommenen Vorschlag zum Bürgerhaushalt 2013/14 hat die Stadtverordnetenversammlung bereits entschieden, keine öffentlichen Mittel für den Bau der Garnisonkirche aufzuwenden. Da sich an dieser Beschlusslage nichts wesentlich geändert hat, wird im Folgenden auf die Begründung zum Vorschlag aus dem Bürgerhaushalt 2013/14 zurückgegriffen.

Der geplante Wiederaufbau der Garnisonkirche als Denkmal- und Erinnerungsort von nationaler und europäischer Bedeutung wird nicht aus städtischen Geldern finanziert. Die Wiedergewinnung der Garnisonkirche als offene Stadtkirche entsprechend dem Konzept der evangelischen Kirche ist Ziel der gemeinnützigen „Stiftung Garnisonkirche Potsdam“. Die Beschaffung der erforderlichen Finanzmittel für Wiederaufbau, Erhaltung und Nutzung der Garnisonkirche erfolgt durch die „Fördergesellschaft Garnisonkirche Potsdam“, die eng mit der Stiftung zusammenarbeitet.

Zusammenfassung der Vorschläge:

Mit diesem Vorschlag wird gefordert, keine öffentlichen Gelder (in keiner Form) für den Wiederaufbau der Garnisonkirche einzusetzen.

Originalvorschläge:

Der Vorschlag wurde nach der Priorisierung vom Redaktionsteam, in dem Vertreter der Bürgerschaft und Verwaltung tätig waren, aus mehreren Vorschlägen zusammengefasst:

51 | Kein öffentliches Geld für die Garnisonkirche:

Mein Vorschlag für den Bürgerhaushalt ist, keine öffentliche Gelder für den Wiederaufbau der Garnisonkirche einzusetzen.

857 | Kein Bau der Garnisonkirche:

Kein Geld für den Bau der Garnisonkirche, an der größtenteils Zugezogene oder sehr alte Menschen Interesse haben. Anmerkung der Redaktion: In der Vorschlagsbeschreibung wurde eine Begrifflichkeit durch "Bau der Garnisonkirche" ersetzt.

63 | Keine Mittel für den Aufbau der Garnisonkirche:

Mein Vorschlag für den Bürgerhaushalt ist, keine städtischen Finanzen für den Aufbau der Garnisonkirche einzusetzen (auch nicht in versteckter Form).



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0678

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 3:
Hundesteuer deutlich anheben

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der
Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 18.10.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

02.11.2016

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Deutliche Erhöhung der Hundesteuer.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebögen beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 6030 Punkte, wurde unter der Nummer 3 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Die Hundesteuer ist eine örtliche Aufwandsteuer, deren Aufkommen der jeweiligen Gemeinde, in der diese erhoben wird, zusteht. Steuern sind generell nicht zweckgebunden. Sie sind Einnahmen, die zur allgemeinen Deckung der Ausgaben der Gemeinde dienen. Hundesteuer kann dem nach nicht als Gegenleistung für die Beseitigung von Hundekot oder auch für den Bau von Radfahrschnellwegen erhoben werden. Die Erhöhung der Steuersätze und damit der Hundesteuer für Maßnahmen, die allein der Hundekotbeseitigung oder auch dem Radwegebau dienen, hätte den Charakter eines Entgeltes, der mit dem Begriff Steuern nicht vereinbar ist. Denn Steuern sind Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen allen auferlegt werden, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft.

Kosten:

Die „HdSt-Einnahmen insges. 2014-2016“ basieren auf die in dem jeweiligen Jahr erfassten Hunde. Darunter natürlich auch die in der Hundebestandsaufnahme 2011/2012 erfassten Hunde, der durch das Ordnungsamt bei Kontrollen zusätzlich bisher nicht erfassten Hunde, als auch der Steuersatzerhöhung 2013.

HdSt (Hundebestandsaufnahme 2011/2012): Mehreinnahmen 2011 und 2012: 73.000 Euro

HdSt (Steuersatzerhöhung ab 1.7.2013): Mehreinnahmen 2013: 71.000 Euro

HdSt (Steuersatzerhöhung): Mehreinnahmen 2014: 139.000 Euro

HdSt; Einnahmen insges. 2013: 593.700 Euro // 2014: 678.800 Euro // 2015: 695.200 Euro

HdSt; zu erwartende Einnahmen insges. 2016: 704.800 Euro

Produktkonto:

6110200.4032100

Zusammenfassung der Vorschläge:

Es wird vorgeschlagen, die Hundesteuer deutlich zu erhöhen.

Originalvorschläge:

Der Vorschlag wurde nach der Priorisierung vom Redaktionsteam, in dem Vertreter der Bürgerschaft und Verwaltung tätig waren, aus mehreren Vorschlägen zusammengefasst:

271 | Hundesteuer, Strafen bei Verschmutzung:

Hundebesitzer verhalten sich oft nicht korrekt, zunehmend verschmutzen öffentliche Grünanlagen und Straßen. Hier müssen bessere Kontrollen und Sanktionen her. Hunde sind stärker zu besteuern.

313 | Hundesteuererhöhung:

Die Zunahme von Hunden im öffentlichen Raum und die Nichtdurchsetzung der Leinenpflicht sollte mit einer drastischen Erhöhung der Kommunalsteuer auf das Halten von Hunden begegnet werden. Die Einnahmen könnten für den Bau von Radfahrschnellwegen eingesetzt werden.

383 | Erhöhung der Hundesteuer:

Ich bin für die Erhöhung der Hundsteuer, da sich die Hundehalter nicht an die Anforderungen halten.

463 | Hundessteuer erhöhen / Ordnungsmaßnahmen gegen Hundekot:

Hundessteuer erhöhen / Ordnungsmaßnahmen gegen Hundekot



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0679

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 4:
Reduzierung der Fraktionsfinanzierung

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der
Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 18.10.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.11.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Reduzierung der Fraktionsfinanzierung um 20% (Diskussionsgrundlage) als symbolisches Zeichen der Kommunalpolitik gegenüber anderen Ehrenamtlern Potsdams.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 4432 Punkte, wurde unter der Nummer 4 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Der Fraktionsfinanzierung liegt ein entsprechender Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu Grunde (14/SVV/0941), in dem Regelungen zur Sicherung des sächlichen und personellen Aufwandes der Fraktionen geregelt sind. Die zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für die organschaftlichen Aufgaben der Fraktionen zu verwenden. Sie dienen nicht der Aufwandsentschädigung der einzelnen Stadtverordneten.

Dafür gibt es einen weiteren Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (09/SVV/0086) über die Satzung zur die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse und Ortsbeiräte sowie der mit einer ehrenamtlichen Tätigkeit betrauten Bürger der Landeshauptstadt Potsdam (Entschädigungssatzung).

Kosten:

Auf Grundlage dieser Satzung erhalten die Stadtverordneten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 195 Euro. Diese Aufwandsentschädigung umfasst sämtliche Auslagen und Aufwendungen, mit Ausnahme der Reisekosten. Eine Reduzierung von 20 % (= 39 Euro / Person) würde in Summe bei 56 Stadtverordneten eine Ersparnis in Höhe jährlich 26.206 Euro ergeben.

Bei einer Kürzung der Zuweisungen an die Fraktionen (Sach- und Personal) um 20% würde sich eine jährliche Ersparnis in Höhe von 80.840 Euro ergeben.

Produktnummer:

1114100

Zusammenfassung der Vorschläge:

Vorgeschlagen wird eine Reduzierung der Finanzierung der Fraktionen um 20%. Dieser Wert soll als Anregung zur weiteren Diskussion dienen. Hiermit soll ein symbolisches Zeichen aus der Kommunalpolitik gegenüber anderen Ehrenamtlern Potsdams gesetzt werden.

Originalvorschlag:

822 | *Reduzierung Fraktionsfinanzierung:*

Ich bin für die Reduzierung der Fraktionsfinanzierung. Auch wenn es sich dabei bloß um eine Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Politiker handelt, sollte hier ein symbolisches Zeichen gesetzt werden. Andere Ehrenamtler Potsdams werden gar nicht finanziell unterstützt, leider. Eine Reduzierung der Ausgaben um 20 % (nur als Vorschlag zur weiteren Diskussion) wäre wünschenswert.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0680

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 5: Gebühren für Feuerwerke erhöhen

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung	Erstellungsdatum	18.10.2016
	Eingang 922:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.11.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Gebühren für private Feuerwerke in der Landeshauptstadt Potsdam sind anzupassen und zu erhöhen.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 4109 Punkte, wurde unter der Nummer 5 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Für das Abbrennen von Feuerwerken (Silvesterfeuerwerke, Kat. II) durch Privatpersonen ist außer am 31. Dezember und 1. Januar des Jahres eine Ausnahmegenehmigung erforderlich.

Für das Stadtgebiet der Landeshauptstadt Potsdam wird im Privatbereich eine erforderliche Ausnahmegenehmigung nur für runde Geburtstage ab 50 und Hochzeiten erteilt. An besonders sensiblen Orten werden Feuerwerke gar nicht oder nur ohne Knalleffekte zugelassen.

Grundlage für die Bemessung der zu erhebenden Gebühren für erteilte Genehmigungen sind Gebührenordnungen des Landes Brandenburg (GebOMUGV und GebOMASF). Zum 1. Januar 2015 wurde der Gebührenrahmen für die Landeshauptstadt Potsdam das letzte Mal angepasst. Daraus ergaben sich neue und teilweise höhere Gebührenbeträge für das Abbrennen von Feuerwerken durch Privatpersonen. Bemessungsgrundlage sind sowohl Personal-, Sach- und Zeitaufwand, die für das Erteilen der Ausnahmegenehmigung notwendig sind. Bei der Festsetzung der Gebühr ist die wirtschaftliche Bedeutung des Gegenstandes zu berücksichtigen. Bei der Höhe der Gebühr werden auch die Art des Feuerwerkes, der Abbrennort und die Abbrenndauer berücksichtigt.

Bezogen auf die Gebührenvorgaben des Landes lagen die Potsdamer Gebühren vor der Anhebung im unteren und liegen seitdem im mittleren Bereich. Derzeit werden Gebühren, je nach Fall, von 40 bis 170 Euro erhoben.

Erfolgt die Ausführung der Feuerwerke (Silvesterfeuerwerke, Kat. II) von professionellen Pyrotechnikern, sind diese lediglich zur Anzeige verpflichtet. Das Erteilen einer kostenpflichtigen Ausnahme ist in diesem Fall nicht erforderlich. Darüber hinausgehende Profifeuerwerke (Höhenfeuerwerke) bedürfen hingegen der Ausnahme und sind ebenfalls gebührenpflichtig.

Das Ansetzen von willkürlichen Gebührenhöhen für die Genehmigung von Feuerwerken ist rechtlich nicht zulässig. Eine erneute Gebührenerhöhung ist grundsätzlich denkbar, soweit die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt.

Kosten:

Durch die Gebührenerhöhung 2015 haben sich die Einnahmen knapp verdoppelt und betragen 2015 für die Genehmigungen der Feuerwerke bei insgesamt 4.532 Euro.

Ergänzung/Zusatz zur Einschätzung (Stand Oktober 2016):

Eine Gebührenerhöhung von 10 % bedeutet Mehreinnahmen an Gebühren für Feuerwerksgenehmigungen von insgesamt rund 450 Euro pro Jahr. Es ist zu berücksichtigen, dass im privaten Bereich bei einer zu starken Gebührenerhöhung mit einer Zunahme illegaler Feuerwerke ohne Genehmigung zu rechnen ist.

Produktkonto:
5610000.4311400

Zusammenfassung der Vorschläge:

Es wird vorgeschlagen, die Gebühren für private Feuerwerke in der Landeshauptstadt Potsdam anzupassen und zu erhöhen.

Originalvorschläge:

Der Vorschlag wurde nach der Priorisierung vom Redaktionsteam, in dem Vertreter der Bürgerschaft und Verwaltung tätig waren, aus mehreren Vorschlägen zusammengefasst:

816 | Abgaben für Feuerwerke erheben (Vergnügungssteuer):

In Potsdam sollte es so etwas wie eine Feuerwerkssteuer/-abgabe geben. Ein entsprechender Beitrag, den die Organisatoren bezahlen müssen (je nach Länge, Ort und Dauer des Spektakels), muss gezahlt werden, wenn sie ein Feuerwerk anmelden.

762 | Weniger Feuerwerke:

Ich bin der Überzeugung, dass ständige Feuerwerke im Sommer herausgeschmissenes Geld sind. Hier kann gespart werden oder Einnahmen bei der Zulassung erzielt werden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0681

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 6:
Tierheimneubau in Potsdam fördern

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der
Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 18.10.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

02.11.2016

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt das Projekt des Tierschutzvereins Potsdam und Umgebung e.V. finanziell. Ziel ist es, die Ressourcen für den schnellen Aufbau des Tierheims zu bündeln und auf dem vom Tierschutzverein erworbenen Grundstück an der Michendorfer Chaussee, ein Tierheim zu errichten.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 6698 Punkte, wurde unter der Nummer 6 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Die Wichtigkeit des Tierschutzes wird immer wieder durch die Landeshauptstadt Potsdam hervorgehoben. Ziel ist eine nachhaltige und gemeinschaftliche Umsetzung. Der Tierschutzverein Potsdam und Umgebung e.V. hat das Grundstück an der Michendorfer Chaussee privatrechtlich zum Bau einer Tierbetreuungseinrichtung erworben. Davon unabhängig und nicht zu verwechseln ist die Vergabe der Landeshauptstadt Potsdam für die Pflichtaufgabe der Fundtierbetreuung. Diese ist europaweit auszuschreiben. Zurzeit erfolgt eine Zusammenarbeit mit dem Tierheim in Zossen. Um den Tierschutz in Potsdam zu unterstützen, hatte die Verwaltung bereits ein Förderprogramm vorgeschlagen, dass in der Stadtverordnetenversammlung keine Mehrheit gefunden hat (16/SVV/0045). Die vorhandenen Spendenmittel in Höhe von 131.392 Euro bleiben bis zum 31.12.2017 für den Bau eines Tierheims in Potsdam reserviert.

Zusammenfassung der Vorschläge:

Der gemeinnützige Tierschutzverein Potsdam und Umgebung e.V. hat im Jahr 2015 das Grundstück an der Michendorfer Chaussee erworben, um dort ein Tierheim zu bauen. Der Bau eines Tierheims wird für die Landeshauptstadt Potsdam seit Jahren von vielen Bürgern für notwendig erachtet und gefordert. Deshalb sollte die Stadt das Projekt des Tierschutzvereins finanziell unterstützen. Ziel ist es, die Ressourcen für den schnellen Aufbau des Tierheims zu bündeln.

Originalvorschläge:

Der Vorschlag wurde nach der Priorisierung vom Redaktionsteam, in dem Vertreter der Bürgerschaft und Verwaltung tätig waren, aus mehreren Vorschlägen zusammengefasst:

145 | *Ein Tierheim für Potsdam:*

Dass Potsdam als Landeshauptstadt immer noch kein Tierheim hat, ist mehr als traurig. Eine Vorbildrolle kann man das nicht nennen. Auch die ewige Streiterei um die Spendengelder, das

Grundstück, etc. sind reine Zeit- und auch Geldverschwendung. Ersparen wir uns diese Konflikte und bündeln wir unsere Ressourcen für den schnellen Aufbau des Tierheims.

1103 | Ein Tierheim errichten:

Potsdam sollte endlich die Errichtung eines Tierheims realisieren.

780 | Tierheim für Potsdam:

Es sollte in der Landeshauptstadt endlich ein Tierheim eingerichtet und gefördert werden. Für alles wird Geld raus geschmissen. Auch Fundtiere haben ein Recht auf eine würdevolle Unterkunft.

1095 | Tierheim herstellen:

Die Sanierung und Herstellung des Tierheims sollte durch die Stadt unterstützt werden.

178 | Förderung des Tierheimneubaus:

Der gemeinnützige Tierschutzverein Potsdam und Umgebung e.V. hat im Jahr 2015 das Grundstück an der Michendorfer Chaussee erworben, um dort ein Tierheim zu bauen. Der Bau eines Tierheims wird für die LHP seit Jahren von den Bürgern für notwendig erachtet und gefordert. Deshalb sollte die Stadt das Projekt des Tierschutzvereins finanziell unterstützen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0682

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 7: Kita- und Hortgebühren anpassen und senken

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 19.10.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

02.11.2016

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Kita-Beiträge sind zu senken.

Als Bemessungsgrundlage für die Berechnung sind nicht das Bruttogehalt und Sondervergütungen wie Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, etc. heran zu ziehen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Ungleichgewicht zwischen Potsdam und dem benachbarten Berlin sowie Michendorf, Saarmund und vielen benachbarten Landkreisen geringfügig zu mildern und für eine Gleichberechtigung für die Eigenleistung gem. § 11 KitaFR zu sorgen.

Kappungsgrenzen (Höchstsätze) für die Einkommen bei den Eltern sind nicht festzulegen und jedem Einkommen bzw. jeder Einkommensgruppe ist ein Gebührensatz zuzuordnen.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 5952 Punkte, wurde unter der Nummer 7 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Ausgangslage für die Erhebung von Elternbeiträgen ist das Kitagesetz des Landes Brandenburg. In der Folge baut das gesamte Finanzierungssystem der Kindertagesbetreuung im Land Brandenburg auf die Kostenbeteiligung der Eltern auf.

Für Potsdam bedeutet dies, dass zur Finanzierung der Gesamtkosten von ca. 94 Mio. Euro im Jahr 2016 für die Kindertagesbetreuung allein für die 116 Einrichtungen (Krippe, Kindergarten und Hort) Eltern ca. 18 Mio. Euro durch Elternbeiträge beisteuern. Die von der Landeshauptstadt aufzubringenden verbleibenden 76 Mio. Euro (Gesamtzuschüsse an die Träger der Einrichtungen) werden nur in Höhe von ca. 25 Mio. Euro durch das Land Brandenburg gedeckt. Damit bleibt die Hauptlast der Finanzierung bei der Landeshauptstadt Potsdam. Ohne eine finanzielle Kompensation durch das Land ist eine Senkung der Elternbeitragseinnahmen durch die Landeshauptstadt Potsdam nicht zu bewältigen.

Bei der Neufassung der Elternbeitragssatzung ab 01.01.2016 gab es auch in Potsdam in den zuständigen politischen Gremien Diskussionen über den Ansatz von Brutto- oder Nettoeinkommen als Bemessungsgrundlage. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss am 09.09.2015 die in Potsdam etablierte und aus Sicht des Jugendamtes verwaltungsvereinfachende und die Eltern gleichbehandelnde Methode des Ansatzes der Jahresbruttoeinkommen. Das auch mögliche Verfahren des Nettobezugs gestaltet sich weitaus verwaltungsaufwändiger und wird von daher nicht empfohlen.

Es liegt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt Potsdam und den freien Trägern von Kindertagesbetreuungseinrichtungen sehr am Herzen, die tatsächlichen Gegebenheiten und sozialen Entwicklungen wachsam wahrzunehmen. In den nächsten zwei Haushaltsjahren ist eine Wirkungsanalyse vorzunehmen und über eine Neufassung der Satzung zu entscheiden. Im September 2017 soll die Wirkungsanalyse den Stadtverordneten vorgelegt werden.

Eine Abschaffung der Möglichkeit zur Erhebung von Elternbeiträgen durch den Landesgesetzgeber ist gegenwärtig nicht vorgesehen. Das Land Brandenburg hat bereits Kostenfolgen von ca. 170 Mio. Euro prognostiziert. Eltern sind entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an den Kosten der

Kindertagesbetreuung zu beteiligen. Elternverantwortung und staatliche Verantwortung müssen Hand in Hand gehen. Die Landeshauptstadt Potsdam teilt diese Auffassung im Sinne der Nachhaltigkeit der Finanzierung der Kindertagesbetreuung.

Die vom Gesetzgeber geforderten Eigenleistungen beziehen sich ausschließlich auf die Träger als Betreiber der Einrichtungen (vgl. § 16 Abs. 1 KitaG). Eltern sind gemäß § 17 Abs. 1 KitaG grundsätzlich nur verpflichtet, sich durch Elternbeiträge an den Kosten der Einrichtung zu beteiligen sowie ein Essengeld zu zahlen. Auch die Regelungen in der sogenannten Kita-Finanzierungsrichtlinie der Landeshauptstadt Potsdam stellt dies zweifelsfrei klar. Die Träger können auf freiwilliger Basis bei den Eltern Spenden oder Arbeitsleistungen einwerben, um so ihre Eigenleistung zu erbringen. Eine Verpflichtung der Eltern, gar eine monetäre Abgabe einer Eigenleistung durch die Eltern widerspricht dem Gesetz.

Kosten:

Ein vollständiger Verzicht auf die Elternbeiträge würde Einnahmenverluste in Höhe von 18 Mio Euro pro Jahr nach sich ziehen, die durch den Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam zusätzlich für die Kindertagesbetreuung einzusetzen wären, wenn die Betreuungsquoten gehalten werden.

Zusammenfassung der Vorschläge:

Vorgeschlagen wird, durch eine Senkung der Kita-Beiträge die Lebenssituation vieler Potsdamer Familien zu verbessern. Erstens sollte die Bemessung nicht nach dem Bruttogehalt berechnet werden und zweitens sollten Sondervergütungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, etc.) nicht mitgezählt werden. In anderen Bundesländern zahlt man mittlerweile ab dem dritten Kitajahr nichts mehr. Das Ungleichgewicht zwischen Potsdam und dem benachbarten Berlin sowie Michendorf, Saarmund und vielen weiteren benachbarten Landkreisen soll damit geringfügig gemildert werden. Auch sollte die Stadt Potsdam für eine Gleichberechtigung für die Eigenleistung sorgen (vgl. § 11 KitaFR). Daneben wird vorgeschlagen, dass es keine Kappungsgrenzen (Höchstsätze) für die Einkommen bei den Eltern geben sollte und jedem Einkommen bzw. jeder Einkommensgruppe ein Gebührensatz zugeordnet werden.

Originalvorschläge:

Der Vorschlag wurde nach der Priorisierung vom Redaktionsteam, in dem Vertreter der Bürgerschaft und Verwaltung tätig waren, aus mehreren Vorschlägen zusammengefasst:

12 | Kita-/Hortgebühren senken - anpassen an uml. Bundesländer (Berlin) u. Gemeinden:

So hieß es anfangs noch: „Für Eltern mit Jahreseinkommen zwischen 17 000 und 79 000 Euro“ ändert sich nichts. Leider wurde das so nicht umgesetzt. Die meisten in unserem Bekanntenkreis liegen unter 79 000 Euro und müssen im Schnitt 40 Euro mehr bezahlen!

Von einem veränderten Betreuungsschlüssel merkt man auch nichts, geschweige denn, dass genügend Plätze vorhanden sind, wie in der Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam geschrieben wurde. Es gibt Eltern, die müssen erstmal durch die ganze Stadt fahren. Das geht so nicht. Berufstätige Eltern müssen einen Kita-/Schulplatz in ihrer näheren Umgebung bekommen und das auch zu dem Datum des Wiedereintritts ins Berufsleben. Und nicht erst, wenn ein neues Schuljahr beginnt. Die meisten Eltern können es sich nicht leisten, noch länger zu Hause zu bleiben und das auch noch ohne (ein zweites) Einkommen. Unterstützt doch endlich unsere Familien (mit berufstätigen Elternteilen) mehr! Da merkt man nichts von Kinderfreundlichkeit.

Und auch aus diesem Grund, kommt mal wieder der Vorschlag: Die Gebühren in Potsdam sind enorm für berufstätige Eltern. Durch eine Senkung der Beiträge kann die Stadt Potsdam die Lebenssituation vieler Familien verbessern und auch den wichtigen Schritt in Richtung kinder- und familienfreundlichsten Stadt Deutschlands gehen. Erstens sollte die Bemessung nicht nach dem Bruttogehalt berechnet werden und zweitens sollten Sondervergütungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, etc.) nicht mitgezählt werden. In anderen Bundesländern zahlt man mittlerweile ab dem dritten Kitajahr nichts mehr. Das Ungleichgewicht zwischen benachbarten Kommunen Berlin und Potsdam könnte man durch die Senkung der Betreuungskosten endlich geringfügig abmildern. Und nicht nur in Berlin sind die Betreuungskosten geringer, selbst in Michendorf, Saarmund und vielen weiteren benachbarten Landkreisen. Es geht doch um die Zukunft und Bildung unserer Kinder. Diese sollte nicht viel kosten.

Und die Aufnahme eines Kindes in einer Kita am Wohnort zum Wiedereintritt (nicht später) ins Berufsleben der Eltern sollte auch gewährleistet werden. Macht es uns doch nicht so schwer, Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen.

Die ersten Jahre im Leben eines Kindes sind für den weiteren Bildungsweg entscheidend. Der Besuch der Krippe / des Kindergartens ist dabei ein wichtiger Baustein und da sollten nicht die berufstätigen Eltern geschröpft werden. Auch der Hort ist gerade für die Berufstätigen so wichtig und sollte gar nichts mehr kosten! Auch sollten die Schulen, die einen Hort mit anbieten, generell als Ganztagschule deklariert werden. Somit würde das die Anzahl der Hortstunden mindern und damit auch das Hortgeld.

Unter anderem sollte die Stadt Potsdam auch für eine Gleichberechtigung für die Eigenleistung sorgen. Denn gemäß „§ 11 KitaFR der zu erbringenden Eigenleistung beträgt 50,00 € je im Jahresdurchschnitt pro belegten Platz. Die Eigenleistung kann bar oder unbar erbracht werden. Eine Arbeitsstunde wird dabei mit 12,50 € anerkannt“. Leider merkt man immer wieder, dass einigen Elternteilen dies nicht bewusst ist und die Kitaleitungen oft nichts ausrichten können, da es nicht im Vertrag zwischen Kita und Eltern steht. Dies ist eine Richtlinie der Stadt Potsdam. Deshalb sollte auch die Stadt Potsdam dafür sorgen, dass hier alle diese Eigenleistung erbringen. Denn die Kitaleitungen melden dies weiter an die Stadt Potsdam und leider passiert hier nichts. Man merkt immer wieder, dass gerade die berufstätigen Eltern immer wieder diejenigen sind, die auch hier meistens wieder mehr leisten.

112 | Abschaffung Kita- und Hortgebühren:

Gern wird Potsdam von den Regierenden als familien- und besonders als kinderfreundliche Stadt dargestellt. Allerdings mangelt es diesbezüglich an Glaubwürdigkeit bei derart hohen Kitagebühren und einem nachweislich schlechten Betreuungsschlüssel. Familien- und Kinderfreundlichkeit zeichnet sich unter anderem durch finanzielle Entlastung der Familien aus. Wenn der Bildungsminister schon argumentiert, ein Wegfall der Kitagebühren würde vornehmlich die Reichen entlasten, dann ist die Frage zu stellen: Ab welcher Einkommenshöhe beginnt Reichtum? Argumentiert man in dieser Richtung konsequent, so dürfte es jedoch keine Kappungsgrenzen für die Einkommen bei den Eltern geben (Höchstsatz). Es müsste dann jedem Einkommen bzw. jeder Einkommensgruppe ein Gebührensatz zugeordnet werden. Nur so würden die Einkommen der Reichen auch berücksichtigt. Eine Obergrenze von 77.000 € pro Haushalt ist hier Augenwäscheri.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0684

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 8: Mehr Kita-Personal durch Co-Finanzierung der Stadt

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 19.10.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

02.11.2016

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam trägt stärker zur Finanzierung von KiTa-Personal bei. Ziel ist es, die gesetzlichen Rahmenbedingungen (1:6) zu erfüllen und den tatsächlichen Betreuungsumfang jedes KiTa-Kindes mit zu finanzieren.

Zur Kompensation von Ausfällen sind zusätzliche Mittel einzustellen.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 5803 Punkte, wurde unter der Nummer 8 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Unstrittig ist, dass das Land Brandenburg und die Landeshauptstadt Potsdam im Besonderen bei der quantitativen Versorgung mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen in der Bundesrepublik einen Spitzenstand einnehmen und die Landeshauptstadt vor enorme Herausforderungen stellt. Die Landeshauptstadt Potsdam setzt sich ausdrücklich dafür ein, den Dialog mit dem Land fortzusetzen und ist auch bereit in die Qualität der Bildung, Erziehung und Betreuung in den Kindertagesstätten zu investieren. Derzeit beträgt der jährliche Aufwand für die Finanzierung der Potsdamer Kindertagesstätten ca. 76 Mio Euro, im Jahr 2017 prognostiziert der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie einen Aufwand von 89 Mio Euro, und im Jahr 2018 ca. 96 Mio Euro. Diese erheblichen finanziellen Anstrengungen belegen, dass die Landeshauptstadt in den Leistungsbereich der Kindertagesbetreuung prioritär investiert.

Der Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Potsdam hat in seiner Sitzung im Juni 2016 eine Resolution an das Land Brandenburg beschlossen, in der das Land aufgefordert wird, noch in dieser Legislaturperiode die Weichen für eine deutlichere Verbesserung der personellen Situation in den Kindertagesstätten im Land Brandenburg zu stellen.

Die Resolution trägt aber auch der Tatsache Rechnung, dass für die Finanzierung der Personalkosten des pädagogischen Personals das Land in der Hauptverantwortung steht. Die Resolution wurde inhaltlich von der „Arbeitsgemeinschaft KITA“ der Landeshauptstadt Potsdam verfasst.

Nach wie vor gilt auf der Grundlage des gültigen Kita-Gesetzes, dass das Land in der Pflicht steht, die personelle Ausstattung im Rahmen der notwendigen Qualität zu finanzieren. Dies hat das Land auch im ersten Schritt im Rahmen der Aufstockung des Personalschlüssels um 1,0 Stellen im Krippenbereich in 2 Schritten in Angriff genommen. Im bundesweiten Vergleich allerdings ist dies immer noch nicht ausreichend.

Das Land bleibt aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode deutliche Verbesserungen bei den Personalschlüsseln und bezogen auf die Leitungsfreistellung vorzunehmen.

Kosten:

Die zwingenden Verbesserungen des Personalschlüssels liegen in der Verantwortung des Landes. Eine Kompensation durch die Landeshauptstadt Potsdam würde die ohnehin bereits erheblichen Aufwendungen für die Kindertageseinrichtungen noch einmal deutlich erhöhen.

Zusammenfassung der Vorschläge:

Es wird vorgeschlagen, dass die Stadt zur Finanzierung von KiTa-Personal beitragen sollte, um die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu erfüllen. Potsdam sollte den tatsächlichen Betreuungsumfang jedes KiTa-Kindes mitfinanzieren. Ohne zusätzliche Finanzierung werden es die Träger nicht schaffen, den gesetzlichen Betreuungsschlüssel von 1:6 umzusetzen und gleichzeitig die Öffnungszeiten anzubieten, die aufgrund der unterschiedlichen Arbeitszeiten der Eltern erforderlich sind. Darüber hinaus werden zusätzliche Mittel benötigt, um Ausfälle zu kompensieren.

Originalvorschlag:

Der Vorschlag wurde nach der Priorisierung vom Redaktionsteam, in dem Vertreter der Bürgerschaft und Verwaltung tätig waren, aus mehreren Vorschlägen zusammengefasst:

470 | Co-Finanzierung von KiTa-Personal um gesetzliche Rahmenbedingungen zu erfüllen:

Die Stadt muss unbedingt zur Finanzierung von KiTa-Personal beitragen um die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu erfüllen. (1) Erstens wird bisher nicht einmal der Betreuungsschlüssel eingehalten (siehe dazu KiTa ZOOM – eine Studie der Bertelsmannstiftung zur Betreuungssituation in Potsdam <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/kita-zoom-ressour...>) (2) Zweitens werden bisher nur bis zu 7,5 h Betreuungszeit pro Kind finanziert. (3) Drittens fehlen regelmäßig Vertretungskräfte bei Personalausfällen aufgrund von Urlaub, Krankheit, Fortbildung, Elternzeit oder Stellenwechsel.

Die Stadt sollte den tatsächlichen Betreuungsumfang jedes KiTa-Kindes mitfinanzieren. Schließlich zahlen die Eltern auch gestaffelt für 6 h, 8 h oder 10 h Betreuungsumfang. Zudem haben über 70% der KiTa-Kinder 8 h- oder 10 h-Verträge. Ohne zusätzliche Finanzierung werden es die Träger nicht schaffen den Betreuungsschlüssel umzusetzen und gleichzeitig die Öffnungszeiten anzubieten, die aufgrund der unterschiedlichen Arbeitszeiten der Eltern erforderlich sind. Darüber hinaus werden zusätzliche Mittel benötigt um Ausfälle zu kompensieren. Der Mehrwert ist eine Investition in unsere Zukunft. Die Kinder von heute werden zur Gesellschaft von morgen.

761 | Besserer Personalschlüssel in Kitas:

Es sollte mehr Geld für Kitas geben. Dort sollte es auch einen besseren Personalschlüssel geben, als eigentlich durchs Land vorgegeben ist.

118 | Mehr Erzieher für Kitas:

Ich würde mehr Geld für Kitas vorschlagen. Immerhin sind Kinder das Wichtigste für unsere Zukunft! Es kann und darf nicht sein, dass nicht mal der gesetzliche Betreuungsschlüssel von 1:6 eingehalten werden kann, die Kitas dauerhaft unterbesetzt und die Erzieher überlastet sind, darunter müssen alle leiden - Erzieher, Kinder, Eltern. Wenn die Verantwortlichen nicht selber drauf kommen, dann weiß ich auch nicht... Oder soll ich meinem Kind ein Blatt Papier in die Hand drücken und sagen, hier ist deine Betreuung für heute, auf dem Papier stimmt ja alles?



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0685

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 9:
Umgehungsstraße in der Verkehrsentwicklung berücksichtigen

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der
Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 19.10.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.11.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr ist eine Umgehungsstraße zu berücksichtigen, die zu einer wesentlichen Reduzierung des Durchgangsverkehrs beiträgt.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 4468 Punkte, wurde unter der Nummer 9 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Mit dem Beschluss des Stadtentwicklungskonzeptes (StEK) Verkehr durch die Stadtverordnetenversammlung wurde auch mehrheitlich der Verzicht auf den Bau einer Ortsumgehung beschlossen. Somit bestand auch keine Grundlage für die Aufnahme dieser Maßnahme in den Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes.

Die Fortschreibung des StEK Verkehr ist voraussichtlich ab 2020 vorgesehen. In diesem Rahmen kann eine solche Maßnahme erneut fachlich fundiert und mit allen Auswirkungen auf das Verkehrsnetz der Landeshauptstadt und den umliegenden Gemeinden betrachtet werden.

Kosten:

Die Kosten für die Prüfung der Ortsumgehung im Rahmen der Erarbeitung des StEK Verkehr sind nicht bezifferbar. Das Konzept insgesamt wird 80.000 bis 100.000 Euro kosten.

Zusammenfassung der Vorschläge:

Es wird gefordert, dass der Durchgangsverkehr in Potsdam reduziert wird. Die zukünftige Berücksichtigung einer Umgehungsstraße im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr der Landeshauptstadt Potsdam stellt dafür eine wesentliche Voraussetzung dar.

Originalvorschläge:

Der Vorschlag wurde nach der Priorisierung vom Redaktionsteam, in dem Vertreter der Bürgerschaft und Verwaltung tätig waren, aus mehreren Vorschlägen zusammengefasst und dahin gehend gewertet, dass damit zunächst die zukünftige Planung gemeint ist. Daneben gab es weitere Vorschläge zu diesem Thema (Nr. 47, 106, 522, 639, 680, 788).

360 | Umgehungsstraße für Potsdam:

Die Umgehungsstraße bzw. die dritte Havelquerung muss kommen, damit der Durchgangsverkehr in Potsdam reduziert werden kann.

872 | *Umgehungsstraße einrichten:
Potsdam braucht Umgehungsstraßen, diese sollten gebaut werden.*



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0686

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 10:
Rechenzentrum als Ort für Kreative erhalten

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der
Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 19.10.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

02.11.2016

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Rechenzentrum wird in eine langfristige Nutzungsstruktur überführt und als Ort für kreativen Austausch und Vernetzung genutzt.

Für die Mieterinnen und Mieter ist Planungssicherheit zu schaffen.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 4053 Punkte, wurde unter der Nummer 10 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Das Gebäude des Rechenzentrums ist Teil des Treuhandvermögens der Sanierungsmaßnahme Potsdamer Mitte. Derzeit wird das Gebäude im Rahmen einer befristeten Zwischennutzung, betrieben durch die Stiftung SPI, Kreativen und Künstlern mietfrei (nur mit Erhebung der Betriebskosten) bis 31. August 2018 zur Verfügung gestellt. Die befristete Nutzung folgt den sanierungsrechtlichen, förderrechtlichen und privatrechtlichen Rahmenbedingungen, die für dieses Gebäude zu beachten sind.

Die Stadtverordnetenversammlung hat den Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, wie auf Basis des bisher nicht absehbaren Beginn des Baus des Kirchenschiffs der Garnisonkirche eine befristete Nutzung des Rechenzentrums über 2018 hinaus ermöglicht werden kann und mit der Stiftung Garnisonkirche über eine entsprechende Vereinbarung zu sprechen. Ziel ist es, eine Nutzungsdauer zu vereinbaren, die Planung und Finanzierung von Instandhaltungsmaßnahmen aus dem laufenden Betrieb kalkulierbar werden lässt. Bis Ende 2016 ist der Stadtverordnetenversammlung darüber Bericht zu erstatten.

Eine Verlängerung der befristeten Zwischennutzung setzt voraus, dass eine Verständigung mit der Stiftung Garnisonkirche sowie eine Verständigung mit dem Fördermittelgeber erreicht werden kann und die Nutzer bereit sind, erhöhte Kosten der Betreuung des Hauses durch anstehenden Instandsetzungsmaßnahmen zu tragen.

Zusammenfassung der Vorschläge:

Das Rechenzentrum ist für die Stadt Potsdam nicht nur eine ideelle Bereicherung, weil in der historischen Innenstadt ein weiterer Ort für kreativen Austausch und Vernetzung entstanden ist. Aktuell handelt es sich um eine Zwischennutzung, die nach jetzigem Stand im August 2018 bereits endet. Gefordert wird deshalb, die Überführung in eine langfristige Nutzungsstruktur, um für die Mieterinnen und Mieter Planungssicherheit zu schaffen.

Originalvorschlag:

1027 | Potsdam braucht Raum für Kreative: Rechenzentrum:

Diese Forderung stellte die Kulturlobby Potsdam mit dem Wegfall der Atelier- und Proberäume der "Alten Brauerei" bereits 2014. Mit dem Rechenzentrum als Haus für künstlerische und kreative Nutzung entstand im letzten Jahr ein Ort, der die Chance hat, zu einem lebendigen und offenen Kreativkosmos zu wachsen.

Bis jetzt handelt es sich hierbei um eine Zwischennutzung, die nach jetzigem Stand im August 2018 bereits zu Ende sein wird. Wir fordern deshalb, die Überführung in eine langfristige Nutzungsstruktur, die nicht nur Jahr für Jahr verlängert wird, um für die Mieterinnen und Mieter Planungssicherheit zu schaffen.

Das Rechenzentrum ist für die Stadt Potsdam nicht nur eine ideelle Bereicherung, weil in der historischen Innenstadt ein weiterer Ort für kreativen Austausch und Vernetzung entstanden ist, sondern auch eine wirtschaftliche Einnahmequelle für die Kreativwirtschaft.

Wir fordern deshalb, dass das Rechenzentrum eine langfristige Perspektive bekommt und dieser einmalige Standort erhalten bleibt.

Anmerkung: Zunächst war im Originalvorschlag als Enddatum der Zwischennutzung August 2017 vermerkt. Hierbei handelte es sich um einen Tippfehler, der im Namen des Vorschlageinbringenden korrigiert wurde.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0687

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 11: Mehr Sauberkeit durch weitere Mülleimer und häufigere Leerung

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 19.10.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

02.11.2016

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Anzahl krähensicherer Abfallbehälter, größerer Mülleimer sowie Hundetoilette mit Tüten ist insbesondere in Babelsberg, der Potsdamer Innenstadt und an den Radwegen entlang der Havel zu erhöhen.

Darüber hinaus ist mehr Personal für die häufigere Leerung einzusetzen.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 3921 Punkte, wurde unter der Nummer 11 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Im Land Brandenburg gibt es keine Rechtsgrundlage, die die Städte und Gemeinden verpflichtet, Papierkörbe vorzuhalten. Bei der Aufstellung und Entleerung der Papierkörbe und Hundetoiletten handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe der Stadt Potsdam im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Die Finanzierung wird derzeit ausschließlich durch den städtischen Haushalt sichergestellt. Auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam finden im Bereich der öffentlichen Verkehrsflächen, Grünanlagen und Spielplätze pro Jahr ca. 120.000 Kippungen (Entleerungen unterschiedlicher Behältergrößen) statt. Der dadurch entstehende finanzielle Gesamtaufwand liegt bei ca. 655.000 Euro jährlich (430.000 Euro öffentliche Verkehrsflächen, 225.000 Euro Grünflächen, Uferwege usw.). Das von der Stadtverordnetenversammlung bestätigte Handlungskonzept Papierkörbe beinhaltet folgende Maßnahmen: Erhöhung der Anzahl der Hundekottütenspender (ca. 120 Stk), Ersatz nicht krähensicherer Papierkörbe, Austausch zu kleiner Behälter, Einbau 4 weiterer Unterflurbehälter, Anpassung des Tourenplans zur Entleerung (saisonal anpassen), regelmäßige Wartung. Die Umsetzung soll bis Ende 2017 erfolgen.

Kosten:

Die finanziellen Aufwendungen sollen aus dem zurzeit zur Verfügung stehenden Mitteln gedeckt werden. In welcher Höhe sich durch die Entwicklung in der Stadt in weiteren Jahren ein Mehrbedarf ergibt, kann zurzeit nicht gesagt werden.

Zusammenfassung der Vorschläge:

Vorgeschlagen wird die Einrichtung weiterer krähensicherer Abfallbehälter und größerer Mülleimer sowie die häufigere Leerung durch mehr Personal. Daneben sollte es mehr Hundetoilette mit Tüten geben. Konkrete Orte, an denen Verbesserungsbedarfe bestehen, sind unter anderem Babelsberg, die Potsdamer Innenstadt und Radwege entlang der Havel.

Originalvorschläge:

Der Vorschlag wurde nach der Priorisierung vom Redaktionsteam, in dem Vertreter der Bürgerschaft und Verwaltung tätig waren, aus mehreren Vorschlägen zusammengefasst:

26 | Mehr Sauberkeit in Potsdam:

Die Straßen werden immer schmutziger, Grünzonen zu wenig regelmäßig und halbherzig gepflegt, überall Graffiti, sogar auf den schön bemalten Stromkästen in der Stadt. Hier sollte die Stadt etwas unternehmen.

327 | Sauberkeit im gesamten Stadtgebiet (mehr Müllbehälter):

Ich habe schon viele Vorschläge hier gelesen zur Sauberkeit in der Stadt. Ich möchte trotzdem nochmal einmal darauf intensiv hinweisen, dass in punkto Sauberkeit etwas passieren muss. Ich kenne Potsdam noch von früher und war bei weitem nicht so vermüllt wie heute. Potsdam ist bei Touristen diesbezüglich kein Aushängeschild und mir ist es ein Greul den ganzen Schmutz verteilt sehen zu müssen, wenn man in der Stadt unterwegs ist. Ich schlage vor an stark frequentierten Standorten grosse Müllbehälter aufzustellen (z.B. an der neuen Fahrt gegenüber der Freundschaftsinsel). Der Weg wurde gerade neu gemacht und gestaltet. Die Standorte müssen individuell beurteilt werden. Vielleicht wären auch Hinweisschilder eine Möglichkeit, um die Leute auf mehr Sauberkeit hinzuweisen. Auch die Grünanlagen werden schnell vermüllt. Da reicht nicht der Aufspießer für den Müll, sondern eine Harke würde da gut tun. Die Liste wäre lang, um all die Anlagen aufzuzählen. Wann fangen auch die Potsdamer endlich an ihre Stadt sauber zu halten?

1067 | Mehr Mülleimer:

Potsdam muss sauberer werden. Übervolle Papierkörbe in Anlagen und an Haltestellen sind täglich sichtbar. Unsaubere Bürgersteige vor Geschäften und aus Eingängen sieht man häufig. Wo ist das Ordnungsamt? Gefordert wird auch mehr Verantwortung der Haus- beziehungsweise Ladenbesitzer.

478 | Sauberkeit in der Innenstadt:

Mehr Abfallbehälter: Vorneweg: Ich liebe Potsdam und lebe gern in dieser Stadt. Deshalb ärgert mich ganz besonders die nicht vorhandene Sauberkeit. Potsdam könnte so schön sein, das Potential ist da. Aber statt dieses als Selbstläufer zu betrachten, sollte es allen, insbesondere der Stadt selbst, ein Anliegen sein, einen positiven Eindruck zu hinterlassen bzw. das Schöne der Stadt nicht durch den Stadtschmutz zu schmälern.

Es ist in der Tat so – und es fällt ganz besonders nach Reisen unschön auf – dass Potsdam eine der dreckigsten Städte Deutschlands ist! Im Vergleich zur Ecke Brandenburger Straße/Friedrich-Ebert-Straße im Bereich bis zur Haltestelle ist Manhattans Times Square fast klinisch steril. Und das will was heißen! Die Leute können fast nichts dafür, denn es fehlen an allen Ecken ausreichend große, regelmäßig geleerte, Abfallbehälter. Das zieht sich durch die gesamte Brandenburger Straße bis zum Luisenplatz, also die Hotspots der Innenstadt. Als Fahrradfahrerin begleitet mich fast täglich eine Glasspur auf der Friedrich-Ebert-Straße bis hin zum Landtag. Auch da fehlen ringsum Abfallbehälter. Diese sporadisch vorhandenen, schmalen, kleinen Edelstahlstummel reichen hinten und vorne nicht und sehen zudem nicht schön aus, weil sie sehr schnell verdrecken.

Es gibt so viele positive Beispiele für schöne und große Abfallbehälter. Man muss sich nur mal in anderen Städten umschaun. Ich rege auch an, sich mal die gusseisernen Behälter im B5-Center anzuschauen. Die würden gerade in der Innenstadt und rund um den Landtag durch ihren historisch-antiken Touch besonders gut passen. Voraussetzung auch dafür ist eine regelmäßige Leerung!

Mehr Sitzgelegenheiten in der Innenstadt (Bänke) wären auch angebracht. Und wenn die Stadt die Geschäftsleute und Anwohner in der Brandenburger Straße dazu animiert, mit Bepflanzungen das Bild zu verschönern, wäre es fast perfekt. So, wie das wunderbare Beispiel am Luisenplatz bereits zeigt. Dabei bleibt der ganze Hundedreck noch unerwähnt.

Ein sauberes, attraktives Erscheinungsbild macht einen positiven Eindruck und verstärkt die gewonnenen, schönen Eindrücke von den anderen Sehenswürdigkeiten der Stadt. Dies ist eine Investition, die sich lohnt, weil man gern länger verweilt und wiederkommt. Sauberkeit bestimmt erheblich die Attraktivität einer Stadt!

490 | Krähensichere Müllbehälter:

In der Presse war schon 2015 zu lesen, dass aufgrund von dem vielen umherliegenden Unrat in allen Stadtteilen von Potsdam neue Abfallbehälter bzw Papierkörbe angeschafft werden sollten. In

Babelsberg sah es zu Pfingsten (in der Karl Liebknecht Str.) schlimm aus! Auch die Rasenflächen verschwinden zunehmend, denn sogar Autos parken dort ,obwohl ich die Ordnungsamtscherrn hingewiesen habe. Wäre nicht eine andere Bepflanzung möglich,so wie es schon einige Anlieger selbst vorgenommen haben? Nun bitte ich Sie, dieses Probleme durch Behälter, aus denen die Tiere nicht alles rausholen, zu beseitigen.

535 | Mehr Personal für Sauberkeit:

Für die Sauberhaltung der Stadt benötigt Potsdam mehr Personal.

776 | Mehr Mülleimer für die Innenstadt:

Es sollte in Potsdam, besonders in der Innenstadt, mehr Mülleimer geben.

1024 | Mehr Sauberkeit in Potsdam:

Für mich ist Potsdam, mit einer der schönsten Städte Deutschlands. Wir haben Wald, Wasser und viele Kulturdenkmäler. Leider ist, der erste Eindruck, immer der Wichtigste. Deshalb sollte mehr, auf die Sauberkeit der Straßen und Plätze, geachtet werden. Es gibt kaum noch Papierkörbe in Potsdam. Bei der Eröffnungsveranstaltung, zum Bürgerhaushalt, wurde mir gesagt, es gibt viele Papierkörbe und für neue "Abfallbehälter" muss dann auch, für eine Entsorgung gesorgt werden. Im Moment, machen die Bürger, die Hundeausscheidungen, in eine Plastiktüte und entsorgen diese, auf Straßen und Plätzen. Die Straßen sind voll, von kostenlosen Zeitungen, die der Wind verweht. Es könnte festgestellt werden, wer der Zusteller, der Zeitungen, ist und das Ordnungsamt sollte, die Austräger, zur Verantwortung ziehen. Ich bitte, Potsdam noch schöner und sauberer zu machen.

943 | Mehr Papierkörbe und häufigere Leerung:

Ich bin für mehr Papierkörbe und eine deutlichere Forderung der Stadtwirtschaft zu häufigeren Leerung, besonders auch zur Sauberhaltung der Müllplätze nach deren Entleerung. Auch sollte es mehr Hundetoilette mit Tüten geben. Auf der Zeppelinstraße befinden sich auf die Glassplitter auf den G und Fahrradwegen d.h. es wird zu wenig gereinigt. Zweimal hörte ich von Besuchern: Potsdam ist eine dreckige Stadt. Dem konnte ich nicht 100-prozentig widersprechen. Das Zentrum wird zu wenig gereinigt.

144 | Mehr Mülleimer (Innenstadt):

Ein weiterer Punkt, der hier auch schon mehrmals angesprochen wurde: Potsdam hat zu wenig Mülleimer. Besonders am Hauptbahnhof, in der Innenstadt und an den touristischen Zielen sind diese ständig überfüllt.

443 | Krähensichere Mülleimer:

Die Mülleimer in Potsdam (z.B. in der Karl-Liebknecht-Straße in Babelsberg) müssen dringend krähensicher gemacht werden. Potsdam ist deutlich schmutziger als andere Städte vergleichbarer Größe. Ein wesentlicher Grund sind Mülleimer, die von Krähen geleert werden, so dass im Anschluss der Müll - gerne auch Hundekotbeutel - auf der Straße und dem Gehweg liege. Mit einem zusätzlichen Aufsatz sollte dies unproblematisch und zu vertretbaren Kosten möglich sein.

842 | Mehr Papierkörbe in der Stadt:

Auf den touristischen "Magistralen" der Landeshauptstadt Potsdam findet man nur wenige Papierkörbe. Das betrifft auch die Radwanderwege entlang der Havel. Die Leerung dieser Behälter sollte unmittelbar nach den Wochenenden bzw. Feiertagen erfolgen, da sie jetzt oft überquellen....

126 | Größere Abfallbehälter in der Brandenburger Straße:

Ich bin für grössere Abfallbehälter z.B. in der Brandenburger Strasse. Die überquellenden Behälter bei mehr Touristik Aufkommen sind ekelhaft! Am besten grössere Mengen standardisiert & kostengünstig von einem Unternehmen in der Region fertigen lassen und dann im ganzen Stadtgebiet austauschen. Macht Sinn, oder?

491 | Die Stadt sauber halten:

Durch die Aufstellung von Müllbehältern könnte man dem Entsorgen von Müll durch "fallen lassen" entgegenwirken. Es gibt sehr wenige Müllbehälter, bzw. Papierkörbe in der Stadt. Außerdem vermissee ich in Potsdam Hundekottütenspender. Vorallem in den Wohngebieten, wie z.B. Zentrum Ost. Das Stadtbild wird geprägt durch Müll und Hundekot auf den Straßen und Gehwegen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0688

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 12:
Gutachten gegen den Weiterbetrieb des Atomreaktors in Wannsee

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der
Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 19.10.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.11.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt, mit einem Gutachten prüfen zu lassen, welche tatsächlichen, grenzübergreifenden und juristischen Einflussmöglichkeiten bestehen, um der Verantwortung zum Schutz der Potsdamer Bevölkerung im Falle einer Störung des auf Berliner Stadtgebiet stehenden Atomreaktors in Wannsee (BER II) nebst Sammelstelle für radioaktive Abfälle gerecht zu werden.

Darüber hinaus ist das Ziel zu verfolgen, eine sofortige Abschaltung des Reaktors einzuleiten.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:	
Klimatische Auswirkungen:	
Finanzielle Auswirkungen?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)	
ggf. Folgeblätter beifügen	

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 3473 Punkte, wurde unter der Nummer 12 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Die Beauftragung eines Rechtsgutachtens ist nicht erforderlich und wirtschaftlich schwer vertretbar. Die Rechtslage ist eindeutig. Die Landeshauptstadt Potsdam kann auf juristischem Wege nicht gegen den seit Jahrzehnten betriebenen und genehmigten Reaktor vorgehen. Eine entsprechende Klage wäre bereits unzulässig. Es fehlt die Rechtsverletzung zulasten der Landeshauptstadt Potsdam. Gemeinden können sich als Träger der öffentlichen Gewalt grundsätzlich nicht auf eigene Grundrechte oder die ihrer Einwohner berufen. Eine Ausnahme bildet lediglich die Verletzung der gemeindlichen Planungshoheit.

Zusammenfassung der Vorschläge:

Die Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt, mit einem Gutachten prüfen zu lassen, welche tatsächlichen, grenzübergreifenden und juristischen Einflussmöglichkeiten bestehen, um der Verantwortung zum Schutz der Potsdamer Bevölkerung im Falle einer Störung des auf Berliner Stadtgebiet stehenden Atomreaktors in Wannsee (BER II) nebst Sammelstelle für radioaktive Abfälle gerecht zu werden. Damit soll der Zustand überwunden werden, dass die Potsdamer Bürger bisher keine rechtliche Mitbestimmung besitzen. Auch soll das Ziel verfolgt werden, eine sofortige Abschaltung des Reaktors einzuleiten.

Originalvorschlag:

Der Vorschlag wurde nach der Priorisierung vom Redaktionsteam, in dem Vertreter der Bürgerschaft und Verwaltung tätig waren, durch den Vorschlageinbringer neu verfasst:

837 | Gutachten zur Klärung von Einflussnahme- und Klagemöglichkeiten gegen den Weiterbetrieb des Atomreaktor Wannsee (BER II):

Der Weiterbetrieb des Atomreaktors Wannsee stellt angesichts des veralteten baulich-technisch Zustands für weite Teile der Babelsberger Bevölkerung ein nicht mehr hinzunehmendes Risiko für

Leben, Gesundheit und Eigentum dar (siehe dazu Wissenssammlung zum Forschungsreaktor auf www.atomreaktor-wannsee-dichtmachen.de).

Das Risiko einer terroristisch herbeigeführten Katastrophe kann durch die bestehenden Sicherheitsmaßnahmen nicht ausgeschlossen werden. Mit dem bestehenden Katastrophenschutzplan und den zur Verfügung stehenden Einsatzkräften kann die potentiell eintretende Katastrophensituation nicht bewältigt werden.

Um der Verantwortung zum Schutz der hiesigen Bevölkerung vor dem auf Berliner Stadtgebiet stehenden Atomreaktor nebst Sammelstelle für radioaktive Abfälle gerecht zu werden, wird die Stadt Potsdam in Person des Oberbürgermeisters beauftragt mit einem Gutachten prüfen zu lassen, welche tatsächlichen, grenzübergreifenden Einflussmöglichkeiten bestehen, um den Prozess zur sofortigen Abschaltung des Reaktors und zur Sicherung des radioaktiven Materials gegen jedwede Freisetzung einzuleiten. Insbesondere ist zu prüfen, welche erfolgversprechenden Klagewege auf den unterschiedlichen juristischen Ebenen bestehen und wie die Tatsache überwunden werden kann, dass die Potsdamer Bürger offensichtlich, weil nicht auf dem Berliner Hoheitsgebiet lebend, bei der demokratischen Mitbestimmung entrechtet sind, obwohl sie das atomare Risiko mitzutragen haben und im grenzüberschreitenden Katastrophenfall potentiell zu den Opfern mit Schäden für die Gesundheit, das Leben und das Eigentum gehören werden.

Das (kochkarätige, externe) Gutachten soll aus Mitteln des (Bürger)Haushalts finanziert werden und Grundlage sein für weitergehende politische Einflussnahme bzw. ein weiterreichendes (auch finanzielles) Engagement der Stadt Potsdam im Zusammenhang mit der aktuell drängend gegebenen und sich auch auf die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen erstreckenden Bedrohung durch die atomare Technologie bzw. die Lagerung von atomar verstrahlten Abfallprodukten in Berlin-Wannsee.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0689

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 13: Dichtere Takte des Öffentlichen Nahverkehrs im Berufsverkehr

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 19.10.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.11.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Kapazitäten der Potsdamer Bahnen und Busse sind zu erhöhen und die Taktung der Fahrzeiten zu Stoßzeiten zu verdichten.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 2576 Punkte, wurde unter der Nummer 13 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Auf die mit der Bevölkerungsentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam verbundene Zunahme der Fahrgastzahlen im ÖPNV wird entsprechend der verfügbaren Finanzmittel und vorhandenen Kapazitäten (Fahrzeuge, Personal) reagiert. So wurden mit dem Fahrplanwechsel 2014/2015 dichtere Takte für die stark nachgefragten Tramlinien in den Potsdamer Norden sowie den Buslinien nach Fahrland und Groß Glienicke eingeführt. Trotzdem bleibt es zu Stoßzeiten im Berufsverkehr nicht aus, dass einzelne Fahrten „überfüllt“ sind. Daher sind im Rahmen des von den Stadtverordneten beschlossenen ÖPNV-Infrastrukturpaketes die Verlängerung von acht Combino-Straßenbahnen und die Sanierung von zwölf Tatra-Straßenbahnen, die eine hohe Personenaufnahme ermöglichen, vorgesehen.

Ebenso wird bei der Erneuerung der Busflotte auf die gestiegene Fahrgastnachfrage reagiert (z.B. Busse mit mehr Türen zur Verbesserung des „Fahrgastflusses“ im Fahrzeug = bessere Auslastung). Da die Fahrgastzahlen durch Fahrgasterhebungen permanent beobachtet werden, wird durch das Verkehrsunternehmen entsprechend der vorhandenen Kapazitäten der Fahrzeugeinsatz operativ optimiert.

Kosten:

Im Rahmen des von den Stadtverordneten beschlossenen ÖPNV-Infrastrukturpaketes sind für Sanierung und Verlängerung der Straßenbahnen rund 22 Mio. Euro eingeplant.

Zusammenfassung der Vorschläge:

Es wird vorgeschlagen, die Kapazitäten der Potsdamer Bahnen und Busse zu erhöhen und die Taktung der Fahrzeiten zu Stoßzeiten zu verdichten.

Originalvorschlag:

143 | *Dichtere Takte des ÖPNV und bessere Anbindung:*

Gerade unter der Woche zur Schul- und Berufszeit sind die Bahnen und Busse brechend voll. Dass das zu einem extrem geringen Komfort (besonders für ältere Leute) und Verspätungen führt, ist zweifelsfrei klar. Daher sollten entweder die Kapazitäten pro Bahn bzw. Bus erhöht werden oder aber die Takte zu Stoßzeiten verdichtet werden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0690

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 14:
Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtler: Fahrtkosten

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der
Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 19.10.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

02.11.2016

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Übernahme der Fahrtkosten für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger.

Darüber hinaus wird bspw. in der kälteren Jahreszeit allen Potsdamer Vereinen eine bestimmte Anzahl an Freifahrtkarten zur Weitergabe an Trainer, Seelsorger oder andere Ehrenamtler zur Verfügung gestellt.

Daneben geht die Landeshauptstadt Potsdam auf weitere Potsdamer Einrichtungen zu, mit dem Ziel, Ermäßigungen bei Eintrittsgeldern für Ehrenamtler anzubieten.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 2442 Punkte, wurde unter der Nummer 14 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Eine möglichst große Anerkennung für das Ehrenamt ist ohne Zweifel berechtigt und im besonderen Interesse der Landeshauptstadt Potsdam, denn die begrüßenswerte Zunahme an freiwilligem und ehrenamtlichen Engagement setzt auch die adäquate Anerkennung und die notwendigen Rahmenbedingungen voraus.

Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt und würdigt dieses Engagement ausdrücklich, u.a. in der jährlichen Auslobung des Potsdamer Ehrenamtspreises in Zusammenarbeit mit der ProPotsdam GmbH und dem Verein Soziale Stadt e.V..

Die Ehrenamtskarte des Landes Brandenburg, mit welcher überdurchschnittlich engagierte Bürgerinnen und Bürger für ihren intensiven Einsatz gewürdigt werden, stellt hier eine weitere Aufwertung der Anerkennung dar, welche die Landeshauptstadt Potsdam ausdrücklich begrüßt.

Zu den Partnern zählen u.a. das Extavium, das Filmmuseum Potsdam, die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, das Hans Otto Theater, das Kino Thalia. Aktuelle Übersichten zum bestehenden lokalen und landesweiten Partnernetzwerk sind unter www.ehrenamt-potsdam.de & www.ehrenamt-in-brandenburg.de geführt. Unter Berücksichtigung der vorgenannten Voraussetzungen für den Erwerb einer Ehrenamtskarte ist die Verhältnismäßigkeit für eine vollständig kostenfreie Nutzung des ÖPNV für den zweijährigen Gültigkeitszeitraum zu hinterfragen.

Dies entspricht nicht der Zielsetzung, die das Land Brandenburg mit der Ausgabe der Ehrenamtskarte verfolgt. Die Ehrenamtskarte ist ein Anerkennungsinstrument für überdurchschnittlich engagierte Bürgerinnen und Bürger im Land Brandenburg.

Auch im Rahmen von Sponsoringverträgen ist eine Förderung möglich. Vertragsparteien sind jedoch der Verein und die Verkehrsbetriebe, so dass von Seiten der Verwaltung grundsätzlich keine Zuständigkeit gesehen wird.

Gleichwohl prüft die Verwaltung im Rahmen der Planung der Haushalt 2017 und 2018 bereits auftragsgemäß (15/SVV/0723), ob und ggf. wie die kostenlose Nutzung des ÖPNV für Inhaberinnen und Inhaber einer Ehrenamtskarte ermöglicht werden kann.

Kosten:

Ca. 100.000 Euro pro Jahr (Fahrtkosten) ohne Personalkosten für die Administration.

Zusammenfassung der Vorschläge:

Vorgeschlagen wird die Übernahme der Fahrtkosten für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger. Angeregt wird dabei, dass in der kälteren Jahreszeit allen Potsdamer Vereinen, eine bestimmte Anzahl an Freifahrkarten zur Verfügung gestellt wird. Die Vereine können die Tickets dann an Trainer, Seelsorger oder andere Ehrenamtler weiter geben. Damit wäre vielen praktisch geholfen und vielleicht würden sich dann noch viel mehr Menschen engagieren. Diesem Vorbild könnten weitere Potsdamer Einrichtungen folgen und auch Ermäßigungen für den Eintritt für Ehrenamtler anbieten.

Originalvorschlag:

244 | Aufwandsentschädigungen (Fahrtkosten) für Ehrenamtler:

Ich bin der Meinung, Potsdam sollte Ehrenamtler mehr unterstützen. Dazu gehört hauptsächlich die Übernahme von Fahrtkosten, aber auch Ermäßigungen für den Eintritt in städtische Einrichtungen sind wünschenswert. Es gibt zwar schon vom Land die Ehrenamtskarte und diese ist eine nette Anerkennung für die Leistungen der ehrenamtlich Tätigen, aber sie hilft nur bedingt weiter. Mein Vorschlag lautet, dass bspw. der Verkehrsbetrieb in der kälteren Jahreszeit allen Vereinen, eine bestimmte Anzahl an Freifahrkarten zur Verfügung stellt. Dies wäre sicher als Sponsoring machbar. Die Vereine können die Tickets dann an Trainer, Seelsorger oder andere Ehrenamtler des Vereins weiter geben. Damit wäre vielen praktisch geholfen und vielleicht würden sich dann noch viel mehr Menschen engagieren.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0691

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 15: Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 19.10.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

02.11.2016

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Erhöhung der Förderung für die Betreuung behinderter Kinder durch die Schaffung entsprechender Angebote.

Darüber hinaus ist die Einrichtung und Finanzierung eines Fahrdiensttransports für den Hortbesuch von Förderschülern auch in den Ferien, entweder pauschal oder nach Einzelfall- und Härtefallprüfung, zu sichern.

In den jährlich 13 Wochen Schulferien sollten durchschnittlich drei Wochen Hortbesuch je Förderschüler berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang ist die Fahrdienst-Satzung zu ändern und die Kostenübernahme durch die Stadt Potsdam zu sichern.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:		
Klimatische Auswirkungen:		
Finanzielle Auswirkungen?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)		
ggf. Folgeblätter beifügen		

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 1982 Punkte, wurde unter der Nummer 15 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Im Rahmen der Schulanschlussbetreuung wird für Jugendliche mit Behinderung (ab dem 15. Lebensjahr) auch in der Ferienzeit ein Betreuungsprogramm (ähnlich wie „Ferienspiel“) als freiwillige Maßnahme vorgehalten. Nach Vollendung des 14. Lebensjahres besteht gesetzlich kein Anspruch auf eine Schulanschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderung. Dies stellt eine gesetzgeberische Lücke dar und entspricht nicht den Grundsätzen der UN Behindertenrechtskonvention.

Jugendliche mit einer wesentlichen Behinderung im Sinne der Eingliederungshilfe nach dem Zwölften Gesetzbuch (SGB XII) haben auf Grund ihrer Behinderung häufig nicht den Entwicklungsstand eines altersgerechten Jugendlichen. Eine Begleitung und Betreuung ist auch in den Ferienzeiten unabdingbar.

In Folge dessen, hat die Landeshauptstadt Potsdam ihre Verantwortung wahrgenommen und ein Angebot der Schulanschlussbetreuung für 15 Jugendliche mit Behinderung seit dem 04.01.2016, die auch die Ferienzeiten beinhaltet, als freiwillige Maßnahme, implementiert.

So wird für diese Jugendliche ein abwechslungsreiches und spannendes Ferienangebot vorgehalten. Die Kinder und Jugendlichen können mit viel Spaß ihre Ferien genießen und die Eltern wissen ihre Kinder gut betreut.

Eine darüber hinaus gehende Regelung, die auch die Beförderung zu einem vorhandenen Angebot in der Ferienzeit sicherstellt, wäre als freiwillige Leistung, über eine zu beschließende Satzung, zu treffen.

Diese ist von der Schülerbeförderungssatzung nach § 112 des Brandenburgischen Schulgesetzes abzugrenzen.

Zusammenfassung der Vorschläge:

Die Betreuung behinderter Kinder sollte viel mehr gefördert und entsprechende Angebote geschaffen werden. Dazu gehört ebenfalls, die Finanzierung und Ermöglichung des Fahrdiensttransports für den Hortbesuch der Förderschüler auch in den Ferien – entweder pauschal oder nach Einzelfall- und Härtefallprüfung. Es geht dabei im Mittel um ca. drei Wochen Hortbesuch pro Förderschüler pro Jahr

während der 13 Wochen jährlichen Schulferien. Gefordert wird eine Änderung der Fahrdienst-Satzung und die Kostenübernahme durch die Stadt Potsdam.

Originalvorschläge:

Der Vorschlag wurde nach der Priorisierung vom Redaktionsteam, in dem Vertreter der Bürgerschaft und Verwaltung tätig waren, aus mehreren Vorschlägen zusammengefasst:

1023 | Den Ferienhort für Schüler mit Behinderung erreichbar machen:

Förderschüler in Potsdam können den Ferienhort nur nutzen, wenn sie von ihren Eltern gebracht und geholt werden bzw. wenn sie so selbständig sind, die Wege alleine zu bewältigen.

Vielen Schülern, die in Potsdams Förder- und Inklusionsschulen gehen, fehlt diese Selbständigkeit aufgrund ihrer Behinderung. Sie haben deshalb während der Schulzeit die Bewilligung, mit einem Fahrdienst zur Schule und zurück nach Hause zu fahren.

Während der 13 Wochen jährlichen Schulferien besteht zwar weiter dringender Bedarf seitens der Elternhäuser, einen Anspruch auf Kostenübernahme für einen Fahrdiensttransport zum Ferienhort und zurück nach Hause gibt es jedoch nicht.

Die Eltern sind gefordert. Sie müssen es schaffen, die Fahrten entweder privat zu ermöglichen oder auf einen Hortbesuch ihres Kindes verzichten. Viele Eltern können den Transport entweder mangels Auto oder mangels Möglichkeit, das private Bringen und Holen mit ihrer Arbeit zu vereinbaren, nicht einrichten - im Endeffekt ist es ein Verlust für die Kinder!

(Ein Beispiel: die zweiwöchigen Ferienspiele der Oberlinschule (für Körperbehinderte) in den Sommerferien werden seit Jahren nur von wenigen Schülern besucht, weil die Möglichkeit fehlt, mit dem Fahrdienst dorthin zu kommen.)

Inklusion und gerechte Teilhabe würde ermöglicht, wenn die Stadt Potsdam die Fahrdienstkosten der Förderschüler auch in den Schulferien übernimmt! Es wäre für viele Familien mit einem behinderten Kind eine große Erleichterung, würde den Eltern helfen zu arbeiten und den Schülern, auch in den Ferien Freunde zu treffen und eine gute Freizeit zu verbringen.

Es wird gefordert: die Finanzierung und Ermöglichung des Fahrdiensttransports für den Hortbesuch der Förderschüler auch in den Ferien -entweder pauschal oder nach Einzelfall- und Härtefallprüfung. Es geht dabei im Mittel um ca. 3 Wochen Hortbesuch pro Förderschüler pro Jahr während der 13 Wochen jährlichen Schulferien. Bitte diskutieren Sie eine Änderung der Fahrdienst-Satzung und die Kostenübernahme durch die Stadt Potsdam.

121 | Betreuung behinderter Kinder verbessern:

Die Betreuung behinderter Kinder sollte viel mehr gefördert werden, dann hätte man auch nicht den FED des Oberlinhauses schließen müssen oder hätte mittlerweile etwas vergleichbares in Potsdam. Hier sollte eine Lösung gefunden werden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0692

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 16: Potsdams Radwege ausbauen und mehr Radschnellwege einrichten

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 19.10.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.11.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Fahrradwege sind zukünftig vom motorisierten Verkehr baulich zu trennen.

Anzustreben ist ein eigenes Fahrradwegesystem und die Schaffung von kreuzungsfreien (frei von Ampeln, Ein- und Ausfahrten von Autos etc.), stadtteilverbindenden und den Straßenverläufen nicht zwingend folgenden Radfahrschnellwegen, z.B. eine Verbindung vom Kirchsteigfeld/Stern in die Stadt (auch der Weg parallel zur L40/Nutheschnellestraße).

Darüber hinaus ist die direkte Verbindung zwischen der Geschwister-Scholl- und Zeppelinstraße entlang des Schafgrabens durch das Aufbringen einer neuen Decke zu verbessern und mit weiteren Maßnahmen (Geländer) zu sichern.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 12868 Punkte, wurde unter der Nummer 16 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

In der Fortschreibung des Radverkehrskonzepts wird eine bauliche Trennung zwischen dem Rad- und Kraftfahrzeugverkehr grundsätzlich angestrebt. Allerdings ist diese oft nur bei einer Neuaufteilung des Straßenraums umsetzbar. Daher muss dies je nach Einzelfall entschieden werden, ob dann Kfz-Fahrspuren, Kfz-Parkplätze oder Straßenbäume entfallen. In einer Machbarkeitsstudie zu Radschnellverbindungen in Potsdam wurde das Potential für verschiedene Relationen untersucht und als vordringliche Trasse die Verbindung nach Stahnsdorf erkannt. Diese soll in den kommenden Jahren umgesetzt werden. Wegeverbindungen abseits der Hauptverkehrsstraßen werden bereits ausgebaut (z.B. Uferwege). Der Radweg zwischen Drewitz und Schlaatz an der Fernwärmeleitung wird dieses Jahr errichtet und die Wegeoberfläche am Schafgraben erneuert. Allerdings sind die meisten Ziele des Radverkehrs an Hauptverkehrsstraßen bzw. über diese am schnellsten und direkt zu erreichen, sodass die Hauptverkehrsstraßen auch zukünftig im Fokus der Radverkehrsplanung bleiben werden.

Kosten:

ca. 1,5 Mio Euro für 2017

Zusammenfassung der Vorschläge:

Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich die Förderung des Radverkehrs auf die Fahnen geschrieben und möchte fahrradfreundliche Stadt sein. Vorgeschlagen wird, zukünftig Fahrradwege vom motorisierten Verkehr baulich zu trennen. Ein eigenes Fahrradwegesystem wäre zielführender als Schutz- bzw. Radfahrstreifen. Besonders die Schaffung von Radfahrschnellwegen, die kreuzungsfrei (frei von Ampeln, Ein- und Ausfahrten für Autos, etc.) und getrennt vom restlichen Verkehr die einzelnen Stadtteile verbinden und nicht zwingend den Straßenverläufen folgen müssen, wäre sicher überlegenswert. Beispielhaft ist eine Verbindung vom Kirchsteigfeld/Stern in die Stadt (auch der Weg parallel zur L40/Nutheschnellestraße) zu nennen. Daneben sollte die direkte Verbindung zwischen

der Geschwister-Scholl- und Zeppelinstraße entlang des Schafgrabens durch das Aufbringen einer neuen Decke verbessert und mit weiteren Maßnahmen (Geländer) gesichert werden.

Originalvorschläge:

Der Vorschlag wurde nach der Priorisierung vom Redaktionsteam, in dem Vertreter der Bürgerschaft und Verwaltung tätig waren, aus mehreren Vorschlägen zusammengefasst:

312 | Radfahrschnellwege einrichten:

Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich die Förderung des Radverkehrs auf die Fahnen geschrieben und möchte fahrradfreundliche Stadt sein. Das begrüße ich ausdrücklich und möchte Ihnen gerne folgendes mit der Bitte um Berücksichtigung mitteilen. Die im Stadtbild immer mehr werdenden so genannten Schutz- bzw. Radfahrstreifen sind zwar Radverkehrsanlagen, sie stellen aber für mich keine ausreichende Fahrradsicherheit dar. Fahrradwege sollten meiner Meinung nach vom motorisierten Verkehr baulich separiert sein. Ein eigenes Fahrradwegesystem wäre zielführender. Besonders die Schaffung von Radfahrschnellwegen, die kreuzungsfrei (frei von Ampeln, Ein- und Ausfahrten für Autos, etc.) und getrennt vom restlichen Verkehr die einzelnen Stadtteile verbinden und nicht zwingend den Straßenverläufen folgen müssen, wäre sicher überlegenswert.

534 | Fahrradwege ausbauen:

Potsdams Radwege müssen ausgebaut und sicherer werden.

1111 | Fahrradwege für Potsdam ausbauen:

Ich bin für den weiteren Ausbau der Fahrradwege.

533 | Fahrradstrecken ausbauen und erhalten:

Ich wünsche mir für Potsdam den Ausbau und Erhalt der Radwege in der Stadt. Keine Fahrstreifen, sondern eigene Radwege für mehr Sicherheit. Dies wäre die beste Werbung für den Tourismus: „Fahrrad freundliche Stadt Potsdam“.

692 | Ausbau Radwegenetz:

Ich bin für den weiteren Ausbau des Radwegenetzes, insbesondere für eine Verbindung vom Kirchsteigfeld/Stern in die Stadt (auch der Weg parallel zur Nuthe-Straße).

197 | Verbesserung der Radwege in Potsdam:

Die Situation der Radwege in Potsdam sollte verbessert werden.

968 | Radschnellwege in Potsdam zeitnah realisieren:

Zeitnah und dauerhaft sollte in Potsdam so genannte Radschnellwege in die näherer Umgebung, nach Berlin und die Landkreise um das Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam geben.

1106 | Mehr Radverkehr für Potsdam:

In Potsdam sollte die Fahrradnutzung unterstützt werden, weil die Luft sehr stark belastet ist. Wer für Wege innerhalb der Stadt kein Auto nutzt, wird honoriert. Wer es für kurze Wege nutzt zahlt, außer Lieferfahrzeuge. Hilfreich wäre es, die Preise des öffentlichen Nahverkehrs zu senken.

Aufgrund des thematischen Zusammenhangs wurden diesem Vorschlag durch das Redaktionsteam auch die zwei Anregungen zur Verbindung zwischen Geschwister-Scholl- und Zeppelinstraße hinzugefügt:

985 | Verbesserung des Weges am Schafgraben:

Verbesserung des Weges am Schafgraben – eine Holperstrecke mit Sicherheitsproblemen. Diese grüne Achse zwischen Zeppelin- und Geschwister-Scholl-Straße ist mittlerweile ziemlich verwahrlost: Schlaglöcher, Huckel und ein desolates Gelände, das stetig vor sich hinrostet. An etlichen Stellen fehlen Streben und sind somit ein Sicherheitsproblem vor allem für Kinder. Unser Vorschlag: Austausch des Geländers zwischen Zeppelin- und Geschwister-Scholl-Straße und Aufbringen einer neuen Wegdecke, z.B. eingefärbtes Bitumen (vgl. Radweg an der Hegelallee)

564 | Weg neben „Schafgraben“ erneuern / verschönern:

Der Weg und der Graben zwischen der Geschwister-Scholl-Straße und der Zeppelinstraße („Schafgraben“) sollte saniert und verschönert werden. Auch sollte dabei das Gelände zum Graben komplett erneuert werden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0693

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 17:
Instandsetzung und Modernisierung anstatt Abriss in Potsdams Innenstadt

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der
Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 19.10.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.11.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Öffentliche Finanzmittel in den innerstädtischen Sanierungsgebieten werden vornehmlich zur Instandhaltung und Modernisierung gegenwärtig genutzter und zukünftig weiterhin nutzbarer Gebäude eingesetzt.

Öffentliche Mittel werden für die Renovierung und **nicht** für den Abriss von Gebäuden der Potsdamer Innenstadt (wie z.B. der Fachhochschule, des Hotels Mercure, des Staudenhofs, des Minsk oder des Rechenzentrums) verwendet.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 10044 Punkte, wurde unter der Nummer 17 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Beim Einsatz öffentlicher Mittel für die Instandsetzung oder den Abriss von Gebäuden sind in erster Linie die Eigentumsverhältnisse sowie die Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung zum jeweiligen Gebäude ausschlaggebend.

Der Einsatz öffentlicher Mittel im Rahmen der Sanierungsmaßnahme „Potsdamer Mitte“ kann nur erfolgen, wenn angedachte Maßnahmen mit den von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Sanierungszielen für das Sanierungsgebiet übereinstimmen. Die Instandsetzung und Modernisierung des Fachhochschulgebäudes, des Hotel Mercure oder des Staudenhofes sind derzeit mit den Sanierungszielen nicht vereinbar.

Das Mercure, der Staudenhof sowie das Minsk befinden sich nicht in städtischem Eigentum. Kosten für Instandsetzung und Unterhaltung dieser Gebäude gehen ausschließlich zu Lasten der Eigentümer.

Das Hotel Mercure ist Eigentum eines Konsortiums französischer Finanzinvestoren. Die Stadtverordneten haben im Mai 2016 mit den konkretisierten Sanierungszielen für den Lustgarten lediglich beschlossen, dass das Hochhaus langfristig nicht an der Stelle erhalten bleiben soll. Dieser Beschluss steht jedoch noch unter Finanzierungsvorbehalt. Das Finanzierungskonzept hierzu liegt aufgrund des gerade erst vollzogenen erneuten Eigentümerwechsels des Hotels noch nicht vor. Es kann also heute noch keine Aussage getroffen werden, ob für den langfristigen Abriss öffentliche Mittel beansprucht werden sollen.

Das Wohngebäude am Staudenhof ist Eigentum der ProPotsdam GmbH. Die Stadtverordneten haben im November 2012 beschlossen, dass der Staudenhof bis zum Jahr 2022 Bestandsschutz hat. Ob das Haus dann abgerissen wird, ist noch nicht entschieden.

Das Minsk ist im Eigentum der Stadtwerke Potsdam. Der rechtsgültige Bebauungsplan ermöglicht für das Grundstück des Minsk eine Erhaltung oder alternativ eine Wohnbebauung.

Das Fachhochschulgebäude und das Rechenzentrum befinden sich im Treuhandvermögen Potsdamer Mitte. Für die Grundstücke gibt es von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Sanierungsziele, die den Abriss der Gebäude vorsehen. Eine Erhaltung der Gebäude hätte

erhebliche Auswirkungen auf den städtischen Haushalt. Mit Blick auf eine Änderung der Sanierungsziele zugunsten einer etwaigen Eigennutzung der Stadt müssten Grundstück und Gebäudebestand durch die Stadt aus dem Treuhandvermögen „heraus erworben“ werden, die umfangreich notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen, die Kosten der erforderlichen Umbaumaßnahmen entsprechend der künftigen Nutzungsart sowie die künftigen Betriebskosten inkl. Personalkosten müssten durch die Stadt getragen werden. Eine einfache „Umwidmung“ von bereits für die Abbruchmaßnahmen bestätigten zweckgebundenen Fördermitteln aus dem Bund-Länder-Programm Städtebaulicher Denkmalschutz ist förderrechtlich nicht möglich.

Kosten:

Eine abschließende Prognose der für Erhaltung, Instandsetzung und Unterhaltung der genannten Bestandsgebäude für die Stadt entstehenden Kosten ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Für das Fachhochschulgebäude können jedoch unter Heranziehung beispielhaft vergleichbarer Bau- und Unterhaltungskosten sowie unter Berücksichtigung der im Umsetzungsplan des Sanierungsgebietes Potsdamer Mitte bisher kalkulierten Kaufpreiserwartungen beim Grundstücksverkauf in den Blöcken III und IV folgende Annahmen getroffen werden:

- Kosten von ca. 6 Mio. Euro für den „Herauskauf“ des Grundstücks durch die Stadt aus dem Treuhandvermögen.
- Setzt man beispielhaft die Baukosten an, die bei Sanierungs- und Umbau der Stadt- und Landesbibliothek zum Bildungsforum angefallen sind, so würden sich für die Erhaltung und Umnutzung des Fachhochschulgebäudes Baukosten von ca. 33,18 Mio. Euro ergeben.
- Jährlich anfallende Betriebskosten von ca. 450.000 Euro sowie zzgl. ca. 100.000 Euro für die Personalkosten von mindestens zwei Hausmeistern
- Zusätzliche Kosten für die erforderliche bauliche Anpassung der Südfassade sowie der im Bereich Verbinder angrenzenden Räume inkl. deren Nutzung im Bildungsforum. Der Umfang ist abhängig von der künftigen Nutzungsart des Fachhochschulgebäudes unter Berücksichtigung der bauordnungsrechtlichen Belange. Anzurechnen wären jedoch sicher die bereits verausgabten Mehrkosten von 150.000 Euro beim Umbau Bildungsforum. Da sich der Abriss des Fachhochschulgebäudes entgegen der ursprünglichen Planung verzögerte, konnte die Südfassade des Bildungsforums bis zur Inbetriebnahme 2013 in Teilen nur provisorisch fertiggestellt werden. Bis zum endgültigen Fertigstellungstermin der Südfassade (nach erfolgtem Abriss des Fachhochschulgebäudes) mussten Fassadenteile eingelagert werden.

Für das Fachhochschulgebäude sowie das Rechenzentrum wären zudem aufgrund der grundsätzlichen Umsteuerung der bisherigen durch die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung kontinuierlich konkretisierten Sanierungsziele mit dem Fördermittelgeber förderrechtlich zu klären, ob und inwieweit die Instandsetzung und der Umbau im Rahmen der Städtebauförderung, Programm Städtebaulicher Denkmalschutz, förderfähig wäre. Eine einfache „Umwidmung“ der bestätigten Mittel im Umsetzungsplan ist aufgrund der jeweiligen Zweckbindung für konkrete Maßnahmen nicht möglich. Sollten sich im Ergebnis ein Defizit der Sanierungsmaßnahme oder begründete Rückzahlungsforderungen durch den Fördermittelgeber ergeben, muss hierfür die Stadt Potsdam aufkommen. In diesem Zusammenhang kann es auch zu Auswirkungen auf den städtischen Haushalt bei Nichtverkauf der Grundstücke insbesondere in den Blöcken III und IV kommen, da die Erlöse aus der Reprivatisierung ins Treuhandvermögen eingebracht wie erworbener Grundstücke grundsätzlicher Bestandteil der Fördersystematik sind.

Ergänzung/Zusatz zur Einschätzung zum Mercure-Hotel (Stand Oktober 2016):

Es bestehen aufgrund des aktuell erfolgten Verkaufs der Gesellschaftsanteile der Besitzgesellschaft gegenwärtig seitens der Stadt keinerlei Handlungsoptionen im Hinblick auf das Hotelgrundstück. Ausgehend vom Grundanliegen des Bürgerbegehrens zur Potsdamer Mitte wurde außerdem im September 2016 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass die Landeshauptstadt Potsdam alle Bemühungen zum Erwerb des Mercure mit dem Ziel des Abrisses des Hotelgebäudes einstellt. Eine Diskussion über die Zulässigkeit einer Umgestaltung des Hotelgebäudes oder dessen räumlicher Verlagerung ist frühestens dann zu führen, wenn der Eigentümer das Hotel im derzeitigen baulichen Zustand nicht mehr weiter betreiben möchte.

Zusammenfassung der Vorschläge:

Vorgeschlagen wird, dass öffentliche Finanzmittel in den innerstädtischen Sanierungsgebieten vornehmlich zur Instandhaltung und Modernisierung gegenwärtig genutzter und zukünftig weiterhin

nutzbarer Gebäude eingesetzt werden. Es sollten keine öffentlichen Mittel für den Abriss von Gebäuden der Potsdamer Innenstadt (wie z.B. der Fachhochschule, des Hotels Mercure, Staudenhofs, Minsk oder Rechenzentrums) verwendet werden. Statt des Abriss sollten diese Gebäude renoviert und als Teil unserer Geschichte akzeptiert werden.

Originalvorschläge:

Der Vorschlag wurde nach der Priorisierung vom Redaktionsteam, in dem Vertreter der Bürgerschaft und Verwaltung tätig waren, aus mehreren Vorschlägen zusammengefasst:

*215 | Sparsam wirtschaften - kein Geld für den Abriss funktionstüchtiger Gebäude
Die Haushaltsführung der Landeshauptstadt Potsdam fühlt sich dem Grundsatz des verantwortungsvollen und wirtschaftlichen Umgangs mit öffentlichen Finanzen verpflichtet. Das heißt: Für den Abriss funktionsfähiger Gebäude der Potsdamer Innenstadt, wie z.B. der Fachhochschule oder des Hotels Mercure, werden keine Gelder der öffentlichen Hand (Steuereinnahmen, Landes- und Bundeszuwendungen, Erträge der städtischen Betriebe) verwendet. Stattdessen sollten öffentliche Finanzmittel in den innerstädtischen Sanierungsgebieten vornehmlich zur Instandhaltung und Modernisierung gegenwärtig genutzter und zukünftig weiterhin nutzbarer Gebäude eingesetzt werden.*

*786 | Jetzige Potsdamer Mitte als Teil unserer Geschichte akzeptieren
Statt des Abriss der Fachhochschule, des Minsk, des Staudenhofs und des ehemaligen Rechenzentrums sowie des Hotels Mercure sollten diese Gebäude renoviert und als Teil unserer Geschichte akzeptiert werden. Ansonsten wird die Umgestaltung ein „Fass ohne Boden“.*

Das Redaktionsteam weist darauf hin, dass im Rahmen der Vorschlagssammlung weitere Vorschläge gegen den Abriss der benannten Gebäude in Potsdam vorgetragen wurden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0694

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 18: Biosphäre erhalten: Kiez-/Freibad, Eventraum, Schule

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 19.10.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.11.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Biosphäre ist zu erhalten und eine weitere Nutzung bzw. Umgestaltung zu einem Kiezbad, Eventraum oder einer Schule zu ermöglichen.

Dem hohen Nutzungsinteresse der Potsdamer für das Gebäude ist Rechnung zu tragen.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 8697 Punkte, wurde unter der Nummer 18 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Nach dem Ergebnis einer Bürgerbefragung im April 2012 und einer entsprechenden Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2012 wird das Sport- und Freizeitbad nunmehr nicht am Standort der Biosphäre, sondern am Standort Brauhausberg errichtet.

Im Übrigen hat der Hauptausschuss am 21.01.2015 und am 13.07.2016 insbesondere unter Berücksichtigung des vorgenannten Beschlusses und der Fördermittelbindung folgende Entscheidungen auf der Grundlage umfangreicher Variantenuntersuchungen getroffen:

- die Nutzung als modifizierte Tropenhalle, als soziale Infrastruktureinrichtung bzw. der Abbruch und Verkauf wird zurückgestellt
- eine private Schulnutzung mangels Berücksichtigung im Schulentwicklungsplan wird nicht mehr weiter verfolgt
- der Verkauf der Biosphärenhalle, einschließlich Grundstück oder Einräumung eigentumsähnlicher Rechte wird zunächst nicht weiterverfolgt
- eine öffentliche Schulnutzung mit Sporthalle und Jugendfreizeiteinrichtung wird bis Ende des Jahres 2016 bis zum Vorliegen einer weiteren Untersuchung zurückgestellt
- eine mehrteilige bzw. multifunktionale Nutzung mit konzeptioneller Neuausrichtung zur Reduzierung der wirtschaftlichen Belastung soll wie folgt geprüft werden:

> Integration des Naturkundemuseums in die Halle mit

- ergänzender touristischer Nutzung, ergänzender Bildungseinrichtung
- Umnutzung/ Verkauf des Objekts Breite Straße 13
- ergänzender Wissenschaftseinrichtung oder Einrichtung eines überregionalen schulischen Lernorts in Kooperation mit dem Land Brandenburg

> Nutzung als Sportinfrastruktureinrichtungen

- Erweiterung der Halle zur Herstellung einer Dreifeld-Sporthalle

> Errichtung einer Jugendfreizeiteinrichtung als zusätzl. kommunale Nutzung

> Schaffung zusätzlicher kommerziell ergänzender Nutzungsinfrastruktur:

- Verpachtung Restaurant,
- Mehrzwecknutzung Orangerie (Versammlungen, Kino Theater, Bürgertreff)
- Sauna, Fitness, Wellness
- Bürgertreff

Die Prüfung und konzeptionelle Neuausrichtung erfolgt insbesondere unter folgenden Maßgaben:

- Einbeziehung insbesondere der touristischen Infrastrukturförderung und energetischen Förderung (wie z.B. RENplus, GA/touristische Infrastruktur) in Abstimmung mit der ILB
- Einbeziehung aller denkbaren Fördermöglichkeiten in Abstimmung mit den jeweils hierfür zuständigen Dienststellen des Landes Brandenburg
- Reduzierung des Gesamtzuschusses der Lanbeshauptstadt Potsdam durch Synergieeffekte durch Integration und Neuausrichtung bestehender Zuschusseinrichtungen (z.B. durch gemeinsame Betreibung der touristischen Nutzung Biosphäre mit derzeitigem Zuschuss von 1,5 Mio Euro und Naturkundemuseum mit derzeitigem Zuschuss von 1,3 Mio Euro).
- Integration der ohnehin zu errichtenden Jugendfreizeiteinrichtung sowie ggf. weiterer an anderer Stelle zu schaffender städtischer Einrichtungen

Die Prüfungsergebnisse sind dem Hauptausschuss im Januar 2017 zur weiteren Entscheidung über die Nachnutzung vorzulegen.

Zusammenfassung der Vorschläge:

Vorgeschlagen wird der Erhalt und die weitere Nutzung bzw. Umgestaltung der Biosphäre zu einem Kiezbad, Eventraum oder einer Schule. Hierbei gilt es, dem hohen Nutzungsinteresse der Potsdamer für das Gebäude Rechnung zu tragen.

Originalvorschlag:

559 | Biosphäre: Eventraum / Kiez-, Freibad / Schul

Ich bin für die Nutzung und Umgestaltung der jetzigen Biosphäre zu einem Schwimmbad mit Bad in der Halle und Freibad sowie Sonnenhangnutzung. Damit könnte die Biosphäre weiter erhalten bleiben. Auch können Eventräume geschaffen werden (nach Auslaufen der bisherigen Nutzungsvereinbarung). Vor Ort könnten alle Altersgruppen aktiv werden. Es gibt meines Wissens ein hohes Nutzungsinteresse der Potsdamer für das Gebäude im Norden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0695

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 19:
Neugestaltung der Potsdamer Mitte umsetzen: Historischer Stadtgrundriss

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung	Erstellungsdatum	19.10.2016
	Eingang 922:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.11.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Konzept zur Neugestaltung der Potsdamer Mitte, einschließlich des Abrisses des Gebäudes der Fachhochschule und ein Beginn der Neugestaltung der neuen Stadtquartiere entlang der Friedrich-Ebert-Straße, ist weiterhin umzusetzen.

Der Beginn des Wiederaufbaus der Garnisonkirche in 2017 ist weiterhin zu unterstützen.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 6090 Punkte, wurde unter der Nummer 19 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Der Vorschlag wird bereits umgesetzt. Die Stadtverordneten haben in ihrer Sitzung am 1. Juni 2016 mit dem Beschluss zur Konkretisierung des Leitbautenkonzeptes für die Blöcke III und IV, den Beginn der zweiten Umsetzungsstufe des Leitbautenkonzeptes gestartet. Für den die Neugestaltung der Potsdamer Mitte zwischen Alter Markt und Bildungsforum wurden Vorgaben für die Neubebauung und deren Nutzung sowie Verfahrensrichtlinien der Grundstücksvergabe festgelegt. Nach dem ab Oktober 2017 geplanten Abriss des alten Fachhochschulgebäudes ist auf dem circa 25.000 Quadratmeter großen Areal die Neubebauung von 30 Parzellen entlang der Friedrich-Ebert-Straße, Alter Markt, der früheren Kaiserstraße geplant. Drei Gebäude davon erhalten eine historische Fassade zur Straße, der Großteil soll mit zeitgenössischer Architektur gestaltet werden. Entstehen sollen zwei lebendige Stadtquartiere, mit einem Nutzungsmix aus überwiegend Wohnen (davon ein Drittel mietpreis- und belegungsgebunden) sowie kleinen Läden, Restaurants, Cafés, Ateliers und Raum für Kunst und Kultur.

Finanzierung im Rahmen der Gesamtmaßnahme Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte durch Fördermittel aus dem Bund-Länder-Programm Städtebaulicher Denkmalschutz (inkl. bereits bestätigter Kommunalen Miteleistungsanteil (KMA) von jeweils 20 %).

Zusammenfassung der Vorschläge:

Vorgeschlagen wird die weitere Umsetzung des Konzeptes zur Neugestaltung der Potsdamer Mitte. Dazu gehören der Abriss des Gebäudes der Fachhochschule und ein Beginn der Neugestaltung der neuen Stadtquartiere entlang der Friedrich-Ebert-Straße. Der Beginn des Wiederaufbaus der Garnisonkirche in 2017 ist weiterhin zu unterstützen. Die Wiederherstellung des alten Marktes und Neugestaltung des Markufers hat bereits jetzt zur Erhöhung der Attraktivität der Potsdamer Mitte geführt.

Originalvorschläge:

Der Vorschlag wurde nach der Priorisierung vom Redaktionsteam, in dem Vertreter der Bürgerschaft und Verwaltung tätig waren, aus mehreren Vorschlägen zusammengefasst:

921 | Neugestaltung der Potsdamer Mitte umsetzen:

Weitere Umsetzung des Konzeptes zur Neugestaltung der Potsdamer Mitte. Abriss des Gebäudes der FHP in 2017 und Beginn der Neugestaltung der Stadtquartiere entlang der Friedrich-Ebert-Straße. Der Beginn des Wiederaufbaus der Garnisonkirche in 2017 ist weiterhin zu unterstützen. Die Wiederherstellung des alten Marktes/Neugestaltung des Marktufer hat bereits jetzt zur Erhöhung der Attraktivität der Potsdamer Mitte geführt.

557 | Potsdamer Mitte wie geplant umgestalten:

Ich bin dafür, dass die Planungen für die Potsdamer Mitte konsequent umgesetzt werden. Ein Kurswechsel von der beschlossenen Gestaltung würde neue Investitionen bedeuten.

177 | Vollendung der Sanierung der Potsdamer Mitte:

Ich möchte, dass das Leitkonzept für die Potsdamer Mitte fortgeführt wird und dafür auch für die Stadtsanierung vorgesehene öffentliche Mittel genutzt werden. Gelder die für den Ausbau von Kitas, Schulen, öffentlich geförderten Wohnungsbau ect. vorgesehen sind, sollen dafür nicht verwendet werden.

524 | Wiederaufbau historischer Fassaden:

Das Zubetonieren mit Bauten der Art „All-Europa-Geschmack“ muss beendet werden, sonst geht der Zauber der Stadt verloren. Ich freue mich über den Wiederaufbau von schlosshistorischen Gebäuden und Fassaden einschließlich der Garnisonkirche. Danke an alle Aktivitäten in diese Richtung und danke an alle motivierten Spender!

688 | Innenstadt wieder aufbauen:

Die Investitionen in der Innenstadt sollten wie geplant eingesetzt werden. Man sollte zum jetzigen Zeitpunkt nicht von den vorliegenden Plänen abweichen.

714 | Umgestaltung der Potsdamer Mitte:

Ich bin für die weitere Umgestaltung der Potsdamer Mitte rund um den Alten Markt. Dies sollte weiter gefördert und bezuschusst werden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0696

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 20:
Instandsetzung und Modernisierung Sportplatz zum Kahleberg, Waldstadt

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der
Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 19.10.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

02.11.2016

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Sportplatz zum Kahleberg ist dringend instand zu setzen (Kunstrasen, sanitäre Anlagen, Duschen), zu modernisieren und mit einer Beleuchtung zu versehen.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 5526 Punkte, wurde unter der Nummer 20 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Der Sportplatz „Am Kahleberg“ dient nicht nur dem Schul- und Vereinssport (vier Vereine, eine Schule), sondern steht vor allem als öffentliche Sportanlage den Bewohnern der Waldstadt zur Verfügung. Derzeit befindet sich der Sportplatz in der Bauzustandsstufe 2 (geringe, durch Übernutzung entstandene Schäden, welche mittels kleinen Renovierungsarbeiten beseitigt werden). Eine Generalsanierung ist aus derzeitiger Sicht erst mittelfristig erforderlich, Mittel sind dafür derzeit noch nicht etatisiert.

Die Sportplatzanlage ist durch laufende Instandsetzung, Reparaturen und Wartungen des Kommunalen Immobilienservice im Betrieb zu halten. Kosten für kleinteilige Reparaturmaßnahmen stehen in Abhängigkeit zu den Schadensbildern. Erforderliche Instandhaltungsarbeiten wird der Kommunale Immobilienservice (KIS) im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten bis zur abschließenden Sanierung durchführen.

Zusammenfassung der Vorschläge:

Der Sportplatz ist in einem sehr schlechten Zustand. Die sanitären Anlagen sind defekt, Duschen ist nicht möglich. Im Winter kann der Platz, der über keine Beleuchtung verfügt, nicht genutzt werden. Der Kunstrasenplatz ist abgenutzt und zum Teil schon aufgerissen. Da dies im gesamten Gebiet Waldstadt der einzige Sportplatz ist, der von allen Bürgern genutzt werden kann, wird mit diesem Bürgervorschlag gefordert, dass der Sportplatz zum Kahleberg dringend instandgesetzt und modernisiert wird.

Originalvorschlag:

863 | *Die Waldstadt braucht den Sportplatz zum Kahleberg:*

Der Sportplatz in der Waldstadt 2 wird täglich von vielen Kindern, Jugendlichen und Erwachsene genutzt. Leider ist der Sportplatz in einem sehr schlechten Zustand. Die sanitären Anlagen sind defekt, Duschen ist für die Sportler gar nicht möglich. Im Winter kann der Platz, der über keine

Beleuchtung verfügt, nicht genutzt werden. Der Kunstrasenplatz ist abgenutzt und zum Teil schon aufgerissen. Da dies im gesamten Gebiet Waldstadt der einzige Sportplatz ist, der von allen Bürgern genutzt werden kann, muss dieser dringend instand gesetzt und modernisiert werden. Es ist schade, dass der Platz so vernachlässigt wird.



Niederschrift

22. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Sitzungstermin: Donnerstag, 17.11.2016
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:45 Uhr
Ort, Raum: Bildungsforum, Vortragssaal Volmer+Süring, Am Kanal 47, 14467
Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Karin Schröter DIE LINKE

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg DIE LINKE
Herr David Kolesnyk SPD
Herr Peter Schultheiß Potsdamer Demokraten
Herr Norbert Mensch CDU/ANW
Herr Uwe Fröhlich Bündnis 90/Die Grünen

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Julia Laabs DIE aNDERE

sachkundige Einwohner

Herr Oud Joffe Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler
Herr Frank Reich SPD
Frau Kerstin Walter SPD

Frau Dr. Iris Jana Magdowski Beigeordnete Geschäftsbereich 2

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Carmen Klockow Bürgerbündnis entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Eric Blume DIE aNDERE entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Marta Balzer	DIE LINKE	nicht entschuldigt
Frau Ute Grimm	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Aaron Kimmig	AfD	nicht entschuldigt
Frau Anna Lüdcke	CDU/ANW	nicht entschuldigt
Frau Carla Villwock	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Prof. Dr. Hermann Voesgen	Bündnis90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Christian Wendland	Bürgerbündnis-FDP	nicht entschuldigt

Schritfführer/in:

Frau Jessica Harmuth GB Bildung, Kultur und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 06.10.2016 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Antrag auf Straßenbenennung im OT Groß Glienicke / Bebauungsplan Nr. 11A
"Waldsiedlung" - Quartier 4 und restliche Straßen

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 4.1 Depots für die Stadt- und Landesbibliothek und das Potsdam Museum
Vorlage: 16/SVV/0609

- 4.2 Aufnahme des Namens "Adolf Miethe" in den Straßennamenspool der LHP
Vorlage: 16/SVV/0617
: Fraktion SPD

- 4.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 1: Kein öffentliches Geld für den Abriss des Hotels Mercure

- Vorlage: 16/SVV/0674
: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 2: Keine städtischen Mittel für den Aufbau der Garnisonkirche
Vorlage: 16/SVV/0677
: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 3: Hundesteuer deutlich anheben
Vorlage: 16/SVV/0678
: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 4: Reduzierung der Fraktionsfinanzierung
Vorlage: 16/SVV/0679
: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 5: Gebühren für Feuerwerke erhöhen
Vorlage: 16/SVV/0680
: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 6: Tierheimneubau in Potsdam fördern
Vorlage: 16/SVV/0681
: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 7: Kita- und Hortgebühren anpassen und senken
Vorlage: 16/SVV/0682
: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.10 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 8: Mehr Kita-Personal durch Co-Finanzierung der Stadt
Vorlage: 16/SVV/0684
: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.11 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 9: Umgehungsstraße in der Verkehrsentwicklung berücksichtigen
Vorlage: 16/SVV/0685
: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 10: Rechenzentrum als Ort für Kreative erhalten
Vorlage: 16/SVV/0686
: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.13 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 11: Mehr Sauberkeit durch weitere Mülleimer und häufigere Leerung
Vorlage: 16/SVV/0687
: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.14 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 12: Gutachten gegen den Weiterbetrieb des Atomreaktors in Wannsee
Vorlage: 16/SVV/0688
: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.15 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 13: Dichtere Takte des Öffentlichen Nahverkehrs im Berufsverkehr
Vorlage: 16/SVV/0689

- : Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
 4.16 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
 Nummer 14: Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtler: Fahrtkosten
 Vorlage: 16/SVV/0690
 : Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.17 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
 Nummer 15: Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung
 Vorlage: 16/SVV/0691
 : Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.18 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
 Nummer 16: Potsdams Radwege ausbauen und mehr Radschnellwege
 einrichten
 Vorlage: 16/SVV/0692
 : Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.19 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
 Nummer 17: Instandsetzung und Modernisierung anstatt Abriss in Potsdams
 Innenstadt
 Vorlage: 16/SVV/0693
 : Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.20 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
 Nummer 18: Biosphäre erhalten: Kiez-/Freibad, Eventraum, Schule
 Vorlage: 16/SVV/0694
 : Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.21 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
 Nummer 19: Neugestaltung der Potsdamer Mitte umsetzen: Historischer
 Stadtgrundriss
 Vorlage: 16/SVV/0695
 : Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 4.22 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
 Nummer 20: Instandsetzung und Modernisierung Sportplatz zum Kahleberg,
 Waldstadt
 Vorlage: 16/SVV/0696
 : Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Stadt- und Landesbibliothek - Bilanz und Ausblick
- 5.2 Statusbericht zum Standortmanagement der Wissenschaftsetage
- 5.3 Konzeptentwurf für die künftige Festivalförderung in der Landeshauptstadt
 Potsdam
 Vorlage 16/SVV/0548
- 5.4 Richtlinie zur Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von
 Geflüchteten
- 5.5 Entscheidung zur Förderung der Chorjury 2017
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Dr. Schröter eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 06.10.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Schröter stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und stellt die Niederschrift vom 06.10.2016 zur Abstimmung. Der Niederschrift wird mit fünf Zustimmungen und einer Enthaltung zugestimmt.

Frau Walter merkt an, dass Frau Dr. Seemann in der Regel nicht als anwesend gelistet ist und bittet darum, dies zukünftig zu ändern.

Frau Dr. Schröter bittet um geringfügige Änderungen in der Tagesordnung. Der TOP 5.3. sei zu Beginn zu behandeln, im Anschluss sollen TOP 3 und 4.2. gemeinsam behandelt werden. Aus der TOP 20 Liste des Bürgerhaushaltes seien für den Ausschuss nur der TOP 4.12 sowie der TOP 4.19 relevant, zu dem ein Antrag auf Rederecht von Herrn Dauber vorliegt. Unter TOP 6 Sonstiges liege ein weiterer Antrag auf Rederecht von Herrn Saretz zum Thema Bandprobenräume vor.

Herr Kolesnyk bittet darum, das Thema noch vor den Mitteilungen der Verwaltung zu behandeln.

Frau Dr. Schröter stellt die Änderungswünsche und die Anträge auf Rederechte zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt der Änderung der Tagesordnung und den Rederechten einstimmig zu.

Herr Fröhlich bittet darum, den Bürgerhaushalt betreffend auch den TOP 4.14 zu behandeln.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag zur Abstimmung. Der Ausschuss lehnt mit 5 Gegenstimmen ab. Der TOP 4.14 sowie die weiteren Anträge des Bürgerhaushaltes werden nicht behandelt.

zu 3 Antrag auf Straßenbenennung im OT Groß Glienicke / Bebauungsplan Nr. 11A "Waldsiedlung" - Quartier 4 und restliche Straßen

Herr Dr. Arlt erörtern den Inhalt des Antrags aus dem Geschäftsbereich 4 auf Straßenbenennungen im Ortsteil Groß Glienicke. Bei den vorgeschlagenen Namen handelt es sich um:

- Edith-Schollwer-Weg
- Käthe-Haack-Weg
- Ida-Wüst-Weg
- Maly-Delschaft-Weg
- Rudi-Ball-Straße
- Leo-Bauer-Straße
- Groß Glienicker Heide

Herr Dr. Arlt informiert den Ausschuss über die einzelnen Personen und empfiehlt im Ergebnis, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Joffe bemerkt, dass bei Straßenbenennungen zum großen Teil auf Personen zurückgegriffen werde. Frau Dr. Schröter erwidert, dass in den vergangenen Jahren überwiegend Namen mit Bezug zur Tier- und Pflanzenwelt berücksichtigt wurden.

Frau Walter bittet darum, dass mit ergänzenden Informationstafeln kurze Erklärungen zu den jeweiligen Personen gegeben werden, nach denen die Straßen benannt sind. Frau Dr. Seemann legt dar, dass im Fachbereich derzeit ein gemeinsames Konzept mit dem Bereich Grünflächen erarbeitet werde. Ein aktueller Sachstand werde in der Dezembersitzung vorgestellt.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag auf Straßennamen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft stimmt dem Antrag auf Straßenbenennung im Ortsteil Groß Glienicke einstimmig zu.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 4.1 Depots für die Stadt- und Landesbibliothek und das Potsdam Museum
Vorlage: 16/SVV/0609**

Herr Karau (Fachbereich Verwaltungsmanagement) erläutert, dass eine Projektgruppe gebildet wurde, in der die Bedarfe für alle Verwaltungsbereiche in der Verwaltung im Komplex geprüft werden, so auch für das Naturkundemuseum und das Stadtarchiv. Die Projektgruppe arbeite das Thema inhaltlich unter Einbeziehung der Einrichtungen bzw. Verwaltungsbereiche auf. Ziel sei ein Konzept mit Synergieeffekten für die nächsten 30 Jahre. Damit verbunden seien umfangreiche finanzielle Entscheidungen, die frühestens 2018/2019 Berücksichtigung finden werden. Aus Sicht der Verwaltung ist der Antrag entbehrlich.

Frau Mattek ergänzt, dass die Stadt- und Landesbibliothek derzeit keinen Bedarf an zusätzlichen Depotflächen hat, dieser werde erst mittelfristig entstehen.

Frau Dr. Schröter fragt, ob ein Zwischenbericht der Projektgruppe im März 2017 möglich ist, was Herr Karau bejaht.

Frau Dr. Schröter stellt die Zurückstellung der Vorlage bis März 2017 zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept vorzulegen, das mittel- und langfristig die Sicherung einer bedarfs- und fachgerechten Depotausstattung für

- die Stadt- und Landesbibliothek Potsdam im Bildungsforum
- das Potsdam Museum

garantiert.

Der Stadtverordnetenversammlung soll dieses Konzept bis März 2017 vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 0

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft stimmt der Zurückstellung der Vorlage bis März 2017 einstimmig zu.

zu 4.2 Aufnahme des Namens "Adolf Miethes" in den Straßennamenspool der LHP

Vorlage: 16/SVV/0617

: Fraktion SPD

Herr Dr. Arlt erläutert Biografisches zur Person Adolf Miethes und spricht sich für die Aufnahme in den Namenspool aus. Er empfiehlt darüber hinaus aufgrund der Verbindung zur Stadt Potsdam, den Namen Edmund Hartnack (Optiker) in den Straßennamenspool aufzunehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung nimmt den Straßennamen „Adolf-Miethes-Straße“ (auch –Platz, - Allee oder ähnliches) in den Namenspool für Straßennamen auf.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft stimmt dem Antrag einstimmig zu.

zu 4.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 1: Kein öffentliches Geld für den Abriss des Hotels Mercure

Vorlage: 16/SVV/0674

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Die Vorlage wurde nicht im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für den Abriss des Hotel Mercure sind keine finanziellen Mittel der Landeshauptstadt bereitzustellen; auf eine „Wiese des Volkes“ ist zu verzichten.

zu 4.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 2: Keine städtischen Mittel für den Aufbau der Garnisonkirche

Vorlage: 16/SVV/0677

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Die Vorlage wurde nicht im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für den Wiederaufbau der Garnisonkirche sind keine öffentlichen (in keiner Form) Gelder einzusetzen.

zu 4.5 **Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 3: Hundesteuer deutlich anheben**
Vorlage: 16/SVV/0678

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
Die Vorlage wurde nicht im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Deutliche Erhöhung der Hundesteuer.

zu 4.6 **Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 4: Reduzierung der Fraktionsfinanzierung**
Vorlage: 16/SVV/0679

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
Die Vorlage wurde nicht im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Reduzierung der Fraktionsfinanzierung um 20% (Diskussionsgrundlage) als symbolisches Zeichen der Kommunalpolitik gegenüber anderen Ehrenamtlern Potsdams.

zu 4.7 **Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 5: Gebühren für Feuerwerke erhöhen**
Vorlage: 16/SVV/0680

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
Die Vorlage wurde nicht im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Gebühren für private Feuerwerke in der Landeshauptstadt Potsdam sind anzupassen und zu erhöhen.

zu 4.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 6: Tierheimneubau in Potsdam fördern

Vorlage: 16/SVV/0681

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
Die Vorlage wurde nicht im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt das Projekt des Tierschutzvereins Potsdam und Umgebung e.V. finanziell. Ziel ist es, die Ressourcen für den schnellen Aufbau des Tierheims zu bündeln und auf dem vom Tierschutzverein erworbenen Grundstück an der Michendorfer Chaussee, ein Tierheim zu errichten.

zu 4.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 7: Kita- und Hortgebühren anpassen und senken

Vorlage: 16/SVV/0682

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
Die Vorlage wurde nicht im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Kita-Beiträge sind zu senken.

Als Bemessungsgrundlage für die Berechnung sind nicht das Bruttogehalt und Sondervergütungen wie Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, etc. heran zu ziehen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Ungleichgewicht zwischen Potsdam und dem benachbarten Berlin sowie Michendorf, Saarmund und vielen benachbarten Landkreisen geringfügig zu mildern und für eine Gleichberechtigung für die Eigenleistung gem. § 11 KitaFR zu sorgen.

Kappungsgrenzen (Höchstsätze) für die Einkommen bei den Eltern sind nicht festzulegen und jedem Einkommen bzw. jeder Einkommensgruppe ist ein Gebührensatz zuzuordnen.

zu 4.10 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 8: Mehr Kita-Personal durch Co-Finanzierung der Stadt

Vorlage: 16/SVV/0684

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Die Vorlage wurde nicht im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam trägt stärker zur Finanzierung von KiTa-Personal bei. Ziel ist es, die gesetzlichen Rahmenbedingungen (1:6) zu erfüllen und den tatsächlichen Betreuungsumfang jedes KiTa-Kindes mit zu finanzieren.

Zur Kompensation von Ausfällen sind zusätzliche Mittel einzustellen.

zu 4.11 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 9: Umgehungsstraße in der Verkehrsentwicklung berücksichtigen

Vorlage: 16/SVV/0685

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Die Vorlage wurde nicht im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr ist eine Umgehungsstraße zu berücksichtigen, die zu einer wesentlichen Reduzierung des Durchgangsverkehrs beiträgt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

zu 4.12 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 10: Rechenzentrum als Ort für Kreative erhalten

Vorlage: 16/SVV/0686

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Kümmel empfiehlt, den Antrag in dieser Form nicht zu beschließen, sondern in einen Prüfauftrag umzuwandeln. Die Stiftung Garnisonkirche zeigt Bereitschaft zu Gesprächen. Für die StVV-Sitzung im Dezember ist eine Berichterstattung vorgesehen.

Frau Dr. Schröter schlägt vor, zunächst über den Antrag abzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Rechenzentrum wird in eine langfristige Nutzungsstruktur überführt und als Ort für kreativen Austausch und Vernetzung genutzt.

Für die Mieterinnen und Mieter ist Planungssicherheit zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 4

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft lehnt den Antrag in dieser Form mit zwei Zustimmungen und vier Stimmenthaltungen ab.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag in geänderter Form als Prüfauftrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Das Rechenzentrum wird in eine langfristige Nutzungsstruktur überführt und als Ort für kreativen Austausch und Vernetzung genutzt.~~

~~Für die Mieterinnen und Mieter ist Planungssicherheit zu schaffen.~~

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Funktionstüchtigkeit des Rechenzentrums im Rahmen der temporären Nutzung für die Kreativwirtschaft gesichert werden kann. Ziel ist es, diejenige Nutzungsdauer zu definieren, die Planung und Finanzierung von Instandhaltungsmaßnahmen aus dem laufenden Betrieb kalkulierbar werden lässt.

Es sind Gespräche mit der Stiftung Garnisonkirche zu führen, mit dem Ziel, eine Vereinbarung über den Zeitrahmen zu treffen, der die Option zur etappenweisen Verlängerung umfasst.

Bis Ende 2016 ist der Stadtverordnetenversammlung darüber Bericht zu erstatten.

(analog Beschluss der StVV mit Prüfauftrag 16/SVV/0322 vom 06.07.2016)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft stimmt dem Antrag in geänderter Form mit vier Zustimmungen und zwei Stimmenthaltungen zu.

zu 4.13 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und

Bürger", Nummer 11: Mehr Sauberkeit durch weitere Mülleimer und häufigere Leerung

Vorlage: 16/SVV/0687

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
Die Vorlage wurde nicht im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Anzahl krähensicherer Abfallbehälter, größerer Mülleimer sowie Hundetoilette mit Tüten ist insbesondere in Babelsberg, der Potsdamer Innenstadt und an den Radwegen entlang der Havel zu erhöhen.

Darüber hinaus ist mehr Personal für die häufigere Leerung einzusetzen.

zu 4.14 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 12: Gutachten gegen den Weiterbetrieb des Atomreaktors in Wannsee

Vorlage: 16/SVV/0688

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
Die Vorlage wurde nicht im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam wird beauftragt, mit einem Gutachten prüfen zu lassen, welche tatsächlichen, grenzübergreifenden und juristischen Einflussmöglichkeiten bestehen, um der Verantwortung zum Schutz der Potsdamer Bevölkerung im Falle einer Störung des auf Berliner Stadtgebiet stehenden Atomreaktors in Wannsee (BER II) nebst Sammelstelle für radioaktive Abfälle gerecht zu werden.

Darüber hinaus ist das Ziel zu verfolgen, eine sofortige Abschaltung des Reaktors einzuleiten.

zu 4.15 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 13: Dichtere Takte des Öffentlichen Nahverkehrs im Berufsverkehr

Vorlage: 16/SVV/0689

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
Die Vorlage wurde nicht im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Kapazitäten der Potsdamer Bahnen und Busse sind zu erhöhen und die Taktung der Fahrzeiten zu Stoßzeiten zu verdichten.

zu 4.16 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 14: Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtler: Fahrtkosten

Vorlage: 16/SVV/0690

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
Die Vorlage wurde nicht im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Übernahme der Fahrtkosten für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger.

Darüber hinaus wird bspw. in der kälteren Jahreszeit allen Potsdamer Vereinen eine bestimmte Anzahl an Freifahrtkarten zur Weitergabe an Trainer, Seelsorger oder andere Ehrenamtler zur Verfügung gestellt.

Daneben geht die Landeshauptstadt Potsdam auf weitere Potsdamer Einrichtungen zu, mit dem Ziel, Ermäßigungen bei Eintrittsgeldern für Ehrenamtler anzubieten.

zu 4.17 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 15: Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung

Vorlage: 16/SVV/0691

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
Die Vorlage wurde nicht im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Erhöhung der Förderung für die Betreuung behinderter Kinder durch die Schaffung entsprechender Angebote.

Darüber hinaus ist die Einrichtung und Finanzierung eines Fahrdiensttransports für den Hortbesuch von Förderschülern auch in den Ferien, entweder pauschal oder nach Einzelfall- und Härtefallprüfung, zu sichern.

In den jährlich 13 Wochen Schulferien sollten durchschnittlich drei Wochen Hortbesuch je Förderschüler berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang ist die Fahrdienst-Satzung zu ändern und die Kostenübernahme durch die Stadt Potsdam zu sichern.

zu 4.18 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 16: Potsdams Radwege ausbauen und mehr Radschnellwege einrichten

Vorlage: 16/SVV/0692

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
Die Vorlage wurde nicht im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Fahrradwege sind zukünftig vom motorisierten Verkehr baulich zu trennen.

Anzustreben ist ein eigenes Fahrradwegesystem und die Schaffung von kreuzungsfreien (frei von Ampeln, Ein- und Ausfahrten von Autos etc.), stadtteilverbindenden und den Straßenverläufen nicht zwingend folgenden Radfahrschnellwegen, z.B. eine Verbindung vom Kirchsteigfeld/Stern in die Stadt (auch der Weg parallel zur L40/Nutheschnellestraße).

Darüber hinaus ist die direkte Verbindung zwischen der Geschwister-Scholl- und Zeppelinstraße entlang des Schafgrabens durch das Aufbringen einer neuen Decke zu verbessern und mit weiteren Maßnahmen (Geländer) zu sichern.

zu 4.19 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 17: Instandsetzung und Modernisierung anstatt Abriss in Potsdams Innenstadt

Vorlage: 16/SVV/0693

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Öffentliche Finanzmittel in den innerstädtischen Sanierungsgebieten werden vornehmlich zur Instandhaltung und Modernisierung gegenwärtig genutzter und zukünftig weiterhin nutzbarer Gebäude eingesetzt.

Öffentliche Mittel werden für die Renovierung und **nicht** für den Abriss von Gebäuden der Potsdamer Innenstadt (wie z.B. der Fachhochschule, des Hotels Mercure, des Staudenhofs, des Minsk oder des Rechenzentrums) verwendet.

Abstimmungsergebnis: Es fand keine Abstimmung statt.

Herr Dauber (ein interessierter Bürger) hat sich mit der Thematik intensiv befasst und wirbt dafür, Gebäude in der Innenstadt nicht abzureißen. Er reicht an die

Ausschussmitglieder Skizzen aus. Die Argumentationen werden in die Fraktionen weiter gegeben.

**zu 4.20 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 18: Biosphäre erhalten: Kiez-/Freibad, Eventraum, Schule
Vorlage: 16/SVV/0694**

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
Die Vorlage wurde nicht im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Biosphäre ist zu erhalten und eine weitere Nutzung bzw. Umgestaltung zu einem Kiezbad, Eventraum oder einer Schule zu ermöglichen.

Dem hohen Nutzungsinteresse der Potsdamer für das Gebäude ist Rechnung zu tragen.

**zu 4.21 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 19: Neugestaltung der Potsdamer Mitte umsetzen:
Historischer Stadtgrundriss
Vorlage: 16/SVV/0695**

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
Die Vorlage wurde nicht im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Konzept zur Neugestaltung der Potsdamer Mitte, einschließlich des Abrisses des Gebäudes der Fachhochschule und ein Beginn der Neugestaltung der neuen Stadtquartiere entlang der Friedrich-Ebert-Straße, ist weiterhin umzusetzen.

Der Beginn des Wiederaufbaus der Garnisonkirche in 2017 ist weiterhin zu unterstützen.

zu 4.22 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 20: Instandsetzung und Modernisierung Sportplatz zum Kahleberg, Waldstadt

Vorlage: 16/SVV/0696

: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
Die Vorlage wurde nicht im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft diskutiert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Sportplatz zum Kahleberg ist dringend instand zu setzen (Kunstrasen, sanitäre Anlagen, Duschen), zu modernisieren und mit einer Beleuchtung zu versehen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Stadt- und Landesbibliothek - Bilanz und Ausblick

Frau Mattek präsentiert im Rahmen einer Power-Point-Präsentation die Erfolge der Stadt- und Landesbibliothek und informiert über die Neuerungen im Angebot.

Der Ausschuss richtet folgende Fragen an Frau Mattek:

- 1) Verfügt die Bibliothek über spanischsprachige E-Books?
- 2) Ist ein weiterer Standort in Babelsberg geplant?
- 3) Ist es möglich den Hauptstadtort an einem Tag der Woche bis 22 Uhr zu öffnen?
- 4) Ist eine Erweiterung der Außenrückgabe möglich?
- 5) Sind bei dem Einwurf in die Außenrückgabe auch Rückschlüsse auf die letzten Nutzer bei defekten Medien möglich?

Frau Mattek antwortet:

- 1) Die Bibliothek verfüge über spanischsprachige Printmedien.
- 2) Ein weiterer Standort sei u.a. auch aufgrund des erfolgreichen schulbibliothekarischen Service nicht nötig und finanziell und personell nicht umsetzbar.
- 3) Die Öffnung an einem Werktag bis 22 Uhr sei mit den derzeitigen finanziellen und personellen Ressourcen nicht realisierbar.
- 4) Eine Erweiterung sei nicht möglich.
- 5) Rückschlüsse auf den letzten Nutzer seien möglich.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft nimmt die Informationen zur Kenntnis.

zu 5.2 Statusbericht zum Standortmanagement der Wissenschaftsetage

Frau Dr. Sommer präsentiert im Rahmen einer Power-Point-Präsentation u.a. Projekte, welche durch die Mitarbeiter des Marketing-Bereiches in der Potsdamer Mitte realisiert werden.

Der Ausschuss stellt folgende Fragen:

- 1) Wo hat das Standortmanagement seinen Sitz?
- 2) Ist es möglich, dass sich das Team persönlich im Ausschuss vorstellt?
- 3) Wie wird sich die Zusammenarbeit mit dem Museum Barberini gestalten?
- 4) Laut Ausschreibung sei das Standortmanagement auch für Themen wie Leitsysteme, Verkehr, Parkplätze und Veranstaltungsbegleitung zuständig. Kann dazu ebenfalls eine Berichterstattung erfolgen?
- 5) Ist die Stelle Grafikdesign ausschließlich für die Bedarfe des Standortmanagements vorgesehen?

Frau Dr. Sommer antwortet:

- 1) Das Team Standortmanagement habe seine Büroräume im Rathaus und ist in die Arbeit des Bereiches Marketing eingebunden, der sich insgesamt für das Thema verantwortlich fühlt.
- 2) Eine persönliche Vorstellung sei heute aufgrund der Tagung des Ausschusses am Abend nicht möglich, bei anderer Gelegenheit ließe sich die persönliche Präsenz ermöglichen.
- 3) Sowohl das Standortmanagement Bildungsforum/Potsdamer Mitte als auch das Museum Barberini seien Mitglieder einer Arbeitsgruppe Potsdamer Mitte. Das Museum werde als neuer Partner am Standort wahrgenommen. Das neue Museum biete Chancen für die Profilschärfung aller Akteure. Das Museum ist bereits in Kooperationen einbezogen (z.B. bei der Veranstaltung „Unterwegs im Licht“ am 21. Januar). Von der partiellen Erneuerung des touristischen Wegeleitsystems im Zusammenhang mit dem Museum Barberini sowie dem neuen Standort der Touristinformation profitieren auch andere Einrichtungen der Potsdamer Mitte, weil die Beschilderung optimiert werde.
- 4) Infrastrukturelle Probleme der Potsdamer Mitte werden gemeinsam mit dem Geschäftsbereich 4 bearbeitet. Lösungen sind nur langfristig möglich. Die Ergebnisse können künftig durch die Arbeitsgruppe im Ausschuss

präsentiert werden.

- 5) Die halbe Stelle Grafikdesign sei ausschließlich für die Bedarfe des Standortmanagements Bildungsforum/Potsdamer Mitte vorgesehen und wegen der Vielzahl der Projekte sehr gut ausgelastet.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft nimmt die Informationen zur Kenntnis.

zu 5.3 **Konzeptentwurf für die künftige Festivalförderung in der Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage 16/SVV/0548

Herr Prof. Lücke beantwortet die drei offenen Fragen aus der Sitzung vom 06.10.2016.

- 1) Warum werden die neun im Konzept genannten kulturellen Formate nicht als Festivals definiert?

Bei den genannten Formaten handle es sich nach der Definition der im Konzept aufgeführten wissenschaftlichen Kriterien nicht um Festivals.

- 2) Wer könnte der wissenschaftliche Vertreter in der Jury sein?

Frau Dr. Seemann schlägt Herrn Prof. Lücke vor.

- 3) Könnte das Instrument der Zielvereinbarungen bei der Anwendung des Konzeptes Berücksichtigung finden?

Zielvereinbarungen können berücksichtigt werden, wenn sie folgende Voraussetzungen bzw. Kriterien erfüllen: Spezifizierbarkeit, Messbarkeit, Akzeptanz, Realisierbarkeit, Terminierung und Vergleichbarkeit. Darüber hinaus müssen persönliche fachliche Ressourcen für eine erfolgreiche Evaluation vorhanden sein.

Frau Dr. Seemann stellt die Vorschläge zur Besetzung der Fachjury vor:

Frau Armbruster und Herr Kolesnyk
Herr Prof. Lücke,
Frau Engel,
Frau Dr. Seemann,
Frau Dr. Sommer
sowie ein Mitglied des freien Rates für Kunst und Kultur.

Eine weitere Person mit kulturjournalistischem Hintergrund werde in der Dezembersitzung vorgestellt.

Frau Dr. Magdowski fragt, ob der Ausschuss in der letzten Sitzung bereits bestätigt hätte, dass Frau Armbruster und Herr Kolesnyk als Vertreter des Ausschusses benannt werden sollen. Die Mitglieder des Ausschusses bestätigen

die Benennung in der letzten Sitzung. Frau Dr. Seemann merkt an, dass selbstverständlich auch weitere Mitglieder des Ausschusses in dem Gremium mitarbeiten können.

Herr Joffe merkt an, dass aufgrund der Größe der Stadt eine Befangenheit in diesem Zusammenhang immer eine Rolle spiele. Frau Armbruster erwidert, dass der freie Rat für Kunst und Kultur selbst über die Entsendung eines Mitgliedes bestimmen könne.

Frau Dr. Schröter fragt den Ausschuss, ob es Einwände gegen die vorgestellte Jury gebe. Im Ausschuss gibt es keine Gegenstimmen zu den vorgestellten Personen. Frau Dr. Schröter schließt den Tagesordnungspunkt daraufhin mit dem Hinweis ab, dass die Jury damit einstimmig beschlossen sei.

zu 5.4 Richtlinie zur Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Geflüchteten

Zur Vergabe der Fördermittel soll eine Jury gebildet werden, in der auch ein Mitglied aus dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft vertreten sein soll. Herr Mensch schlägt Herrn Fröhlich vor.

Frau Dr. Schröter stellt den Vorschlag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft stimmt der Benennung von Herrn Fröhlich einstimmig zu.

Frau Armbruster bittet Herrn Bindheim um eine Zusammenarbeit mit Kultür Potsdam.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft nimmt die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

zu 5.5 Entscheidung zur Förderung der Chorjury 2017

Frau Dr. Seemann und Herr Büstrin berichten zum Vorschlag für die Vergabe der Mittel aus der Chorförderung. Für 2017 seien 100.100 € geplant. Es gebe eine Förderempfehlung für neun Konzerte mit einem Fördervolumen von insgesamt 88.600 € (Übersicht siehe Anlage). Für zwei weitere Projekte stünden noch 21.500 € zur Verfügung, hier seien noch offene Fragen zu klären.

Frau Dr. Seemann informiert, dass bestimmte Auflagen, welche die Zusammenarbeit mit anderen Orchestern in Brandenburg regeln, derzeit neu verhandelt werden.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft nimmt die Empfehlung der Chorjury zustimmend zur Kenntnis.

zu 6 Sonstiges

I.

Herr Saretz informiert den Ausschuss darüber, dass seine Band einen Proberaum in Kellerräumen des Bahnhofs Golm gefunden habe. Da dieser jedoch in einem schlechten Zustand sei und ausgebaut werden müsse, stellt er einen mündlichen Antrag auf anteilige Förderung des Ausbaus. Es liege bereits ein Angebot in Höhe von ca. 10.000 € vor. Man könne als Dank ein Benefizkonzert an einem geeigneten Ort veranstalten. Herr Saretz reicht ein Memo in den Ausschuss, in dem seine Bitte verschriftlicht ist.

Der Ausschuss fragt, ob auch weitere Bands den genannten Proberaum nutzen könnten.

Herr Saretz erwidert, dass eine geteilte Nutzung aufgrund der technischen Gegebenheiten nicht möglich sei.

Frau Dr. Seemann kann derzeit nur die Prüfung einer Förderung in Aussicht stellen und weist auf die besondere Schwierigkeit hin, sollte es sich um investive Mittel handeln.

Frau Dr. Schröter bittet um Information über das Ergebnis der Prüfung in der Dezembersitzung.

II.

Frau Dr. Seemann informiert den Ausschuss, dass sich der TOP „Auswertung der Abfrage Kulturträger“ in einen öffentlichen und einen nicht öffentlichen Teil aufteilt.

Im öffentlichen Teil stellt Frau Dr. Seemann in Auswertung der vorgenommenen Datenerhebungen verschiedene Aspekte in der Summe der geförderten Einrichtungen dar, u.a. die Einnahmestruktur der Einrichtungen, das Verhältnis von Personalausgaben und Sachausgaben und die Entwicklung der Einnahmen

aus Einträgen (siehe Anlage).